

RATHAUS REPORT



Dezember | 2025 | Jahrgang 40 | Nr.: 477



Die Zukunft der Bundesstraße 2, die mitten durch die Innenstadt verläuft, beschäftigt in der Vorweihnachtszeit viele Bürgerinnen und Bürger wie kaum ein anderes stadtpolitisches und gesellschaftliches Thema. Mit dem Bürgerentscheid am 18. Januar werden die Weichen für die kommenden Jahre – vielleicht sogar Jahrzehnte – gestellt. Umso wichtiger ist es, sich umfassend zu informieren. Die fünf Extra-Seiten in dieser Ausgabe sollen dazu einen Beitrag leisten. Eine besonders gute Gelegenheit bietet zudem der 8. Januar: In der Tenne des Veranstaltungsforums findet eine große Informationsveranstaltung statt, bei der unter anderem Fachleute für eine offene Diskussion zur Verfügung stehen.

Trotz aller Debatten ist es ebenso wichtig, zur Ruhe zu kommen und sich auf das Weihnachtsfest einzustimmen. Die Redaktion wünscht Ihnen und Ihren Familien ein wunderschönes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Liebe Bruckerinnen, liebe Brucker,

das Jahr 2025 neigt sich dem Ende zu und ich glaube, dass die Ereignisse und Herausforderungen für viele von uns wieder zahlreich und groß waren. Die Spannungen auf geopolitischer Ebene wollen nicht abnehmen: Der russische Angriffskrieg tobt mit unverminderter Härte in der Ukraine, alle Bemühungen um einen Frieden oder auch nur Waffenstillstand waren vergebens. Auch der Gaza-Konflikt ist nicht wirklich befriedet. Die Waffenruhe ist wackelig und ich fürchte, dass Verzweiflung, Hass und der Wunsch nach Vergeltung unter den Trümmern der palästinensischen Städte weiterbrodeln. Und trotzdem: Wir sollten nicht aufhören, daran zu glauben und uns dafür einzusetzen, dass ein friedliches Zusammenleben möglich ist. Zumindest in unserem direkten Umfeld können wir hier positiv Einfluss nehmen und ich habe tatsächlich den Eindruck, dass die Brucker Stadtgesellschaft tolerant, offen und freundlich miteinander umgeht. Das hat vielleicht auch ein bisschen damit zu tun, dass das Angebot an sozialen Einrichtungen, an kulturellen Veranstaltungen oder an Sportvereinen überdurchschnittlich gut ist. Im Vergleich zu anderen Kommunen unserer Größe haben wir hier in Bruck tatsächlich einiges zu bieten und die Verwaltung war auch im vergangenen Jahr wieder unermüd-

lich im Einsatz, diese Säulen des guten Zusammenlebens vielfach zu stärken. So konnten wir zum Beispiel im Herbst den Westpark einweihen, der sofort von der Nachbarschaft angenommen wurde und sich großer Beliebtheit erfreut. Auch der Walderlebnispfad im Rothschaiger Forst wurde erweitert und modernisiert, die Rückmeldungen aus der Bürgerschaft sind durchweg positiv. Erwähnen möchte ich noch das Kreativquartier im Bereich der Aumühle. Hier fanden zahlreiche Veranstaltungen ganz unterschiedlicher Art statt: Das bunte Aumühlenfest, der Amperstrand oder die Demokratiehütte seien nur beispielhaft genannt. Und natürlich haben wir auch wieder gemeinsam unsere traditionellen Feste gefeiert wie zum Beispiel das Volksfest, das Altstadtfest oder die Kulturnacht. Aktuell findet noch der Christkindlmarkt auf dem neu gestalteten Viehmarktplatz statt, der heuer besonders viele Besucher angezogen hat. Auch zwei große Bauvorhaben, die der Allgemeinheit dienen, nehmen Form an: Der Erweiterungsbau der Grundschule an der Philipp-Weiß-Straße wird bis Herbst 2026 fertiggestellt sein und vielen Grundschulkindern perfekte Räumlichkeiten für Unterricht und Ganztagsbetreuung bieten. Das Wohn- und Verwaltungsgebäude neben dem Waldfriedhof mit zwölf günstigen und

hochwertigen Wohnungen wird kommenden Sommer bezugsfertig sein.

Wir haben einige wichtige Projekte vorangetrieben. Der Kindergarten Nord mit JUZ und Abenteuerspielplatz, der heuer sein 50jähriges Jubiläum feiern konnte, muss dringendst neu gebaut werden. Die Projektentwicklung hierfür konnten wir in den vergangenen Wochen abschließen. Auch in Aich wird es eine neue KiTa geben, die Planungen inklusive Bürgerbeteiligung schreiten gut voran.

Bauhofverlagerung, Sanierung Alter Schlachthof, Umgestaltung Volksfestplatz, Sanierung von Radwegen und Straßen, Bau von bezahlbaren Wohnungen oder die Einführung eines Einheimischenmodells: Wir haben viele Projekte angestoßen, die unsere schöne Stadt noch lebenswerter machen. Und wann immer möglich, sind Sie gefragt, sich zu beteiligen. Zum Beispiel bereits am 18. Januar, da findet der Bürgerentscheid zur Verlegung der Bundesstraße B2 statt. Eine Benachrichtigung hierzu ist unterwegs, nähere Infos finden Sie auch in diesem RathausReport auf den Seiten 13 bis 17.

Sie sehen also, wir haben einiges auf den Weg gebracht und ich finde, in Anbetracht der weltweiten Krisen und Katastrophen können wir uns glücklich schätzen, hier in Frieden und Wohlstand leben zu dürfen. Dafür sollten wir dankbar sein.



Foto: Anne Kaiser

Ich wünsche Ihnen eine friedliche, erholsame und ruhige Weihnachtszeit, die Sie vielleicht zusammen mit lieben Menschen verbringen können. Bleiben Sie gesund und kommen Sie gut ins neue Jahr hinüber, das sicher wieder viel Spannendes für uns bereithält.

Mit den besten Grüßen

Ihr

Christian Götz
Oberbürgermeister

ONLINE-TERMINE KÖNNEN SIE AUF DER INTERNETSEITE DER STADT WWW.FUERSTENFELDBRUCK.DE VEREINBAREN. DAZU EINFACH DAS ENTSPRECHENDE FORMULAR AUFRUFEN UND IN NUR FÜNF SCHRITTEN BUCHEN. DIES IST BIS ZU ZWEI WOCHEN IM VORAUS MÖGLICH.

Willi Weigl
RAUMAUSSTATTUNG

Fürstentfeldbruckerstr. 12
82272 Moorenweis
08146/262
www.willi-weigl.de

Bodenbeläge
inkl. Verlegung

Polsterei
Neuanfertigung und Neubezug

Sonnenschutz

Geschenkartikel

Gardinen & Plissees

Sprechstunden/Kontakt Beiräte

Oberbürgermeister Christian Götz ist gerne für Sie und Ihre Anliegen nach vorheriger Terminvereinbarung unter Telefon 08141 281-1012 da.

Existenzgründer- und Nachfolgeberatung durch Aktivsenioren: Die Beratungstermine finden an jedem letzten Donnerstag im Monat jeweils ab 17.00 Uhr statt. Ihre Terminanfrage schicken Sie bitte per E-Mail an wirtschaftsfoerderung@fuerstentfeldbruck.de.

Beirat für Menschen mit Behinderung – Vorsitzender Uwe Busse, Telefon 08141 5291694, E-Mail: behindertenbeirat@beirat-ffb.de

Seniorenbeirat – Vorsitzender Wolfgang Richter, Telefon 08141 44057, E-Mail: seniorenbeirat@beirat-ffb.de

Sportbeirat – Vorsitzender Joachim Mack, Telefon 08141 525784, E-Mail: sportbeirat@beirat-ffb.de

Umweltbeirat – Vorsitzender Georg Tscharke, E-Mail: umweltbeirat@beirat-ffb.de

Wirtschaftsbeirat – Vorsitzender Hans Schleicher, E-Mail: wirtschaftsbeirat@beirat-ffb.de

Stadtjugendrat – Vorsitzender Korbinian Butterer, E-Mail: stadtjugendrat@beirat-ffb.de

Die Stadtverwaltung informiert

VERSCHIEBUNG MÄRKTE

Wegen der Feiertage findet der Grüne Markt auf dem Viehmarktplatz am 24. statt 25. Dezember und am 31. Dezember statt 1. Januar statt. Jeweils von 7.00 bis 12.00 Uhr gibt es frische, regionale Leckereien.

Dienstbetrieb über die Feiertage

Heuer kann man mit relativ wenigen Urlaubstagen viel Freizeit bekommen. Das Rathaus ist daher

nur eingeschränkt besetzt. Aufgrund der bevorstehenden Kommunalwahl im März 2026 ist das Bürgerbüro am 2. und 5. Januar geöffnet.

VOLLSPERRUNG VON-GRAFENREUTH-STRASSE

Die Sperrung dauert nun bis voraussichtlich Ende März. Bei den Bussen gibt es weiterhin Umleitungen und Haltestellenausfälle. Bitte beachten Sie die Fahrgast-Information des ÖPNV.

Senioren-Computertreff macht Pause

Am Donnerstag, den 18. Dezember, findet der letzte Senioren-Computertreff vor dem Jahreswechsel statt. Am 25. Dezember 2025 und am 1. Januar 2026 pausiert der Treff im Bürgerpavillon, Heimstättenstraße 24. Weiter geht es am Donnerstag, den 8. Januar 2026, wie gewohnt von 9.00 bis 12.00 Uhr.

Dann können sich dort wieder Seniorinnen und Senioren treffen und unter der Anleitung fachkundiger Ehrenamtlicher Hilfestel-

lungen zur Computernutzung (auch Smartphones, Tablets und Laptops) und zum Internet erhalten. Eigene Geräte sollten mitgebracht werden.

Die Teilnahme ist kostenlos. Aufgrund der begrenzten Platzzahl ist eine Anmeldung notwendig bei Michel Theil unter der Telefonnummer 08141 526207.

Organisiert wird der Senioren-Computer-Treff vom Seniorenbeirat und dem Bürgerverein Fürstfeldbruck.



Die Stadt Fürstfeldbruck trauert um

FRAU SIGRID EMMERICH

die am 18. November 2025 im Alter von 91 Jahren verstorben ist.

Frau Emmerich hat sich in unserem Seniorenbeirat bis 2009 als Beisitzerin und in den Jahren 1998 bis 2001 als stellvertretende Vorsitzende aktiv und engagiert für alle Belange eingesetzt.

Auch durch ihr langjähriges ehrenamtliches Wirken als Landesfrauenreferentin im Heimkehrerverband VdH, als Leiterin des Seniorenkreises der Evangelisch-Lutherischen Gnadenkirche sowie als Vorstandsmitglied der Ökumenischen Nachbarschaftshilfe hat sich Frau Emmerich mit großer Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit um die Stadt verdient gemacht.

Für ihr verdienstvolles Wirken wurden sie im Jahre 2009 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Wir verlieren mit Sigrid Emmerich eine sehr beliebte und angesehene Persönlichkeit, der das Wohl der Stadt Fürstfeldbruck sehr am Herzen lag. Wir sind ihr zu großem Dank verpflichtet und werden ihr stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Christian Götz
Oberbürgermeister

www.dieentspanntezahnarztpraxis.de

Dr. med. dent. Christine Mennle MSc. Kieferorthopädie
Maxim Mennle MSc. Orale Chirurgie und Implantologie

Excellence in Implantologie
Eigenes Zahntechniklabor



Zahnimplantate
ohne Skalpell und Nähte

Pfarrgasse 1 82266 Inning Tel: 08143-444766

CHRISTBAUMAKTION DER EVANGELISCHEN UND KATHOLISCHEN JUGEND

Wer seinen nadelnden Christbaum nicht selbst zum Wertstoffhof des Landkreises bringen möchte, kann auch in diesem Jahr wieder einen besonderen Service nutzen: Vom 9. bis 11. Januar sammeln die Evangelische Jugend der Erlöser- und Gnadenkirche sowie die Pfarrjugend von St. Bernhard die ausgedienten Christbäume direkt vor Ort ein – bequem aus Vorgärten oder am Straßenrand. Als Dank freuen sich die Jugendlichen über eine Spende bei der Abholung, die vollständig der jeweiligen Jugendarbeit zugutekommt.

Flyer mit den genauen Abholterminen sowie den Spendenkonten

für alle, die nicht zuhause sind, stehen online unter www.ej-bruck.de/home-2 bereit.





Wir arbeiten mit 100 % Ökostrom

Natürlich von den Stadtwerken Fürstfeldbruck

Carolyn Leonhard
Geschäftsführerin von
SÜDMETALL
Otto Leonhard GmbH





Jetzt wechseln:
okostrom-ffb.de

Einfach für Sie nah.

Mit Salutschüssen ins neue Jahr

Am Neujahrstag wird Oberbürgermeister Christian Götz gegen 12.00 Uhr, unmittelbar nach dem Gottesdienst in der Klosterkirche, seine besten Wünsche für das Jahr 2026 vor dem Kirchenportal übermitteln. Der Posaunenchor

der Erlöserkirche, unter der Leitung von Kirstin Ruhwandl, untermalt musikalisch die festliche Atmosphäre. Salutschüsse der Königlich Privilegierten Feuerschützengesellschaft sorgen für einen feierlichen Auftakt ins neue Jahr.



Johannes Dachsel bekommt Stadtrats-Urkunde

Wie berichtet, wurde der Leiter des Stadtbauamts, Johannes Dachsel, in der Sitzung des Stadtrats vom September für weitere fünf Jahre als berufsmäßiges Mitglied des Gremiums bestätigt. Am 20. November erfolgte durch

OB Christian Götz und Personalleiter Michael Wagner (re.) die Übergabe der Urkunde, die dies offiziell macht. Beide freuten sich, weiterhin einen so kompetenten und engagierten Mitarbeiter in den Diensten der Stadt zu wissen.



Regionale Wohnungsbaukonferenz in Fürstenfeldbruck

„Zusammenleben gestalten. Gemeinsam investieren in die Zukunft“ – unter diesem Motto stand die Regionale Wohnungsbaukonferenz, die an wechselnden Orten in der Metropolregion München stattfindet, diesmal im Veranstaltungsforum Fürstenfeld.

„Die zentrale Frage der Konferenz lautet: Wie können unterschiedliche Konzepte, Projekte und Instrumente ganz konkret dazu bei-

tragen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen? Diese Frage können wir nur gemeinsam beantworten“, betonte Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter. „Die Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg ist deshalb eine politische Notwendigkeit. Viele Rathäuser und Landratsämter unserer Region sehen das erfreulicherweise genauso – das zeigt mir das rege Interesse an unserer

Regionalen Wohnungsbaukonferenz.“

„Vor dem Hintergrund zunehmend unsicherer finanzieller Rahmenbedingungen sind innovative Wohnkonzepte gefragt, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden, ökonomisch realisierbar sind und gleichzeitig ökologische Aspekte berücksichtigen“, sagte Gastgeber OB Christian Götz. „Ich freue mich deshalb sehr, dass

wir dieses Jahr der Regionalen Wohnungsbaukonferenz den Raum geben dürfen, in dem sich die unterschiedlichsten Akteure aus Kommunen und Bauwirtschaft austauschen, innovative Konzepte erarbeiten und die Weichen für eine zukunftsfähige Wohnraumentwicklung stellen können.“

Fotos: Tobias Hase



Die Gesprächsrunde war hochkarätig besetzt. Neben OB Christian Götz und Landrat Thomas Karmasin diskutierten Christian Bernreiter, Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, und Münchens OB Dieter Reiter.



Der nächste Gastgeber ist Tobias Eschenbacher, OB von Freising. Götz übergab an ihn den symbolischen Staffelstab aus Holz, in den die Wappen aller teilnehmenden Kommunen eingraviert sind.

Das „neue“ Brameshuber – Jugenderinnerungen werden wach

Im Oktober eröffnete Andreas Stipp das Brameshuber neu. Erst stand es nach Aufgabe der Traditionswirtschaft lange leer, zuletzt beherbergte es eine italienische Gastronomie.

Wer das Bramerl - Café und Weinstube noch von früher kennt, fühlt sich nun beim Betreten der holzvertäfelten Gaststube wie auf einer Zeitreise. Fast erwartet man, dass gleich die früheren Bedienung Thea und Hilde mit ihrem weißen Spitzenschürzchen um die Ecke kommen und mit strengem, aber auch liebevollen Blick nach dem Rechten schauen. Das Mobiliar von damals ist im alten Teil fast unverändert. Daneben gibt es weiterhin den modernen, lichtdurchfluteten hinteren Bereich.

OB Christian Götz machte nun zusammen mit Wirtschaftsförderer Felix Kretz den offiziellen Antrittsbesuch und gratulierte mit einem Blumenstrauß zum Start. „Das Bramerl liegt mir als ältestes Brucker Café mit seiner Tradition sehr am Herzen“, sagte der Stadt-Chef. Er habe festgestellt, dass zuletzt wieder eine Sehnsucht in der Bevölkerung aufgekommen sei, sich zu treffen und zusammenzusitzen. Von da-

her passe das neue alte Brameshuber sehr gut in die Zeit. Andreas Stipp bestätigte dies auch anhand der überwältigenden Resonanz, die er von seinen Gästen erhält. Viele erzählen ihm von früher und es haben sich sogar schon Leute bei ihm wiedergetroffen, die sich Jahre lang aus den Augen verloren hatten. Auch Götz kann sich an eine Zeit erinnern, als er als ganz kleiner Bub täglich von seiner Mutter mit zum Einkaufen genommen wurde. Zum Abschluss traf sie sich mit Freundinnen im Brameshuber und der kleine Christian bekam von Ida ein Schweinsohr über die Kuchentheke zugesteckt.

Der fast 57-jährige Andreas Stipp ist in der Stadt gut vernetzt, ist er doch hier ins Viscardi-Gymnasium gegangen. Als Gastronom hat er einige Erfahrung: Seit einiger Zeit und auch weiterhin ist er der Wirt des Jexhofs. „Ich möchte den Gästen ein spannendes Gefühl vermitteln“, erzählt er. Man könne bei ihm auch einmal längere Zeit zum Zeitung lesen bei einer Tasse Kaffee verweilen. Tischreservierungen gibt es nur für 50 Prozent der Plätze, der Rest bleibt für spontan vor-



Im Bramerl kann man sich wohl fühlen und es sich gut gehen lassen. Andreas Stipp (li.) freute sich über den Besuch von OB Christian Götz und Wirtschaftsförderer Felix Kretz (re.).

beikommende Gäste frei. Außerdem ist Nachhaltigkeit für ihn ein Thema: So nutzt er überwiegend altes Geschirr und hat auch viele Möbel bis hin zu seinem Schreibtisch, der im ersten Stock steht, Second-Hand gekauft. Bei dem Essen legt er auf regionale Produkte großen Wert und Schweinefleisch sowie die Eier kommen aus Freilauf- beziehungsweise Freilandhaltung. Der Kartoffelsalat wird selbstver-

ständlich selbst gemacht und kommt nicht aus dem Eimer. Warme Küche gibt es durchgehend von 11.00 bis 22.00 Uhr, acht Angestellte arbeiten in zwei Schichten.

Rechts neben dem Eingang gibt es die Kuchentheke für das Café, aber auch zum Mitnehmen, sowie einen Kaffeeverkauf. Im Sommer möchte Stipp gerne ein paar Tische auf dem Gehsteig aufstellen.

BÜRGER SERVICE PORTAL



bequem,
zeitsparend
& sicher

Das Bürgerservice-Portal wurde um den Dienst der Wohnungsgeber-Bestätigung erweitert. Dies bedeutet, dass Vermieter ab sofort auch über die Internetseite der Stadt und dem Bürgerservice-Portal eine Wohnungsgeber-Bestätigung erfassen können. Diese wird der Meldestelle dann elektronisch zugeleitet. Der sich anmeldende Bürger (Wohnungsnehmer) bringt dann zu seiner Anmeldung entweder einen Ausdruck der Bestätigung mit oder er nennt das zugeleitete Kennzeichen als Nachweis.

Sauber
g'spart!

Mit Gas, Ökostrom
und Wärme.

esb.de

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

© Martin Bolle



OB Götz liest in der Grundschule Mitte „Felix der Reisehase“

Das diesjährige Motto des Bundesweiten Vorleseabends „Vorlesen spricht deine Sprache“ passte in besonderer Weise zur Grundschule Mitte, denn hier lernen Kinder aus 29 Nationen gemeinsam – ein ideales Umfeld, um sprachliche Vielfalt zu feiern. Rektorin Christine Widmann eröffnete die Veranstaltung mit der Erkenntnis, dass Bücher im Allgemeinen eine eigene Sprache sprechen: Sie müssen die Leserinnen und Leser berühren, damit die Freude am Lesen lebendig bleibt. Groß war das Staunen der rund 330 Kinder in

der Aula, als Oberbürgermeister Christian Götz zunächst auf Chinesisch, dann auf Russisch und schließlich auf Deutsch auf die Bühne gebeten wurde. Dort las er die Geschichte von Felix dem Reisehasen vor, der den Kindern der Grundschule Mitte einen Brief geschrieben hatte und zog damit alle jungen Zuhörerinnen und Zuhörer in seinen Bann.

Anschließend wurden die diesjährigen Vorlesepatinnen und -paten von den Kindern in verschiedenen Sprachen begrüßt: unter anderem auf Eritreisch, Vi-

etnamesisch, Ukrainisch, Türkisch, Englisch und Indisch. Auch das anschließende Leseangebot spiegelte die sprachliche Vielfalt wider – mit Beiträgen auf Englisch, Französisch, Italienisch, Ukrainisch und Deutsch.

Der Tag wurde im Rahmen einer Projektwoche fortgeführt, bei dem Kinder für Kinder aus unterschiedlichen Büchern vorlasen. Für viele war es spannend, Geschichten in fremden Sprachen zu hören, andere freuten sich darüber, Erzählungen in ihrer Erstsprache erleben zu dürfen.



Kinder freuen sich über Steckenpferde

Eine herzerwärmende Aktion im Zeichen der Generationenbindung fand kürzlich im städtischen Kin-

dergarten Nord statt. Im Rahmen des Projekts „Hobby horses“ bastelten die Bewohnerinnen und

Bewohner des BRK-Seniorenheims wunderschöne Steckenpferde aus Holz, die sie an einem goldenen Herbsttag den Kindergartenkindern überreichten. Die strahlenden Gesichter der Mädchen und Jungen waren der schönste Dank für die Seniorinnen und Senioren. Die Steckenpferde wurden bei einem kleinen Ritt durch den Garten gleich getestet und die Freude am neuen Spielzeug war groß. Die Kinder bedankten sich mit Liedern. Lebensfreude pur spürte man, als beide Generationen ge-

meinsam vor Begeisterung im Takt sangen und klatschten.

Zwei Wochen später folgte der Gegenbesuch. Die Kinder überraschten die rüstigen Senioren mit ihren bunten Laternen und einem Martinsspiel im Seniorenheim. Im Gepäck waren natürlich auch die Steckenpferde.

Die Aktion ist ein gelungenes Beispiel für die lebendige Kooperation zwischen den beiden Einrichtungen. Alle waren sichtlich gerührt und es floss sogar auch die eine oder andere Freudenträne.



Text und Foto: Kindergarten Nord

Hort Cerveteristraße – Hallo Licht statt Halloween

Während überall schaurige Dekorationen aufgebaut waren und Veranstaltungen zu Halloween stattfanden, hat sich der städtische Hort Cerveteristraße am 31. Oktober ein Alternativprogramm einfallen lassen: Unter pädagogischen Aspekten wurde

die Thematik Angst und Dunkelheit im wahrsten Sinne beleuchtet. Die Hortkinder konnten offen darüber sprechen, wovor sie sich fürchten und was ihnen Angst bereitet, beispielsweise abends im Bett, wenn es dunkel ist. Eine Frage, mit der sich intensiv

beschäftigt wurde, war außerdem: Wenn man am Abend Angst vor Spuk- und Gruselgestalten unter dem Bett oder im Kleiderschrank hat, in welchem Kontext steht das dann dazu, sich an Halloween ausgerechnet als solche zu verkleiden und eins zu werden mit ihnen? Darüber hinaus wurde gemeinsam besprochen, was denn hilft in angstvollen Momenten.

Die Lösungsansätze lagen bei Licht anschalten, unter der Bettdecke verstecken, ein Gebet sprechen, das Kuscheltier ganz fest halten oder sich in das Bett der Eltern schleichen.

Mit einer Kamishibai-Theater-Vorführung konnten die Kinder schließlich noch die Themen Freundschaft und Zusammenhalt interaktiv erleben und sich damit auseinandersetzen, welche Strei-

che uns der Kopf in der Dunkelheit spielt und wie dies die Wahrnehmung verändert. Als Abschluss hatten die Teilnehmenden noch die Möglichkeit, sich ein kleines Nachtlicht in Form eines Leuchtturms oder einer Laterne zu basteln. Dieses Symbol als Orientierung und Licht in der Dunkelheit rundete die Veranstaltung thematisch ab.

Text und Foto: Hort Cerveteritraße



HANRIEDER

Bestattung geht auch anders



NOCH EINMAL DEINE GESCHICHTEN HÖREN.

Bestattungen so einzigartig wie das Leben.

hanrieder.de

40 Jahre Städtepartnerschaft über den Atlantik hinweg

Seit dem 3. Dezember 1985 verbindet Fürstenfeldbruck eine Städtepartnerschaft mit Wichita Falls, einer Stadt im Norden des US-Bundesstaates Texas. Anlässlich des 40-jährigen Bestehens dieser besonderen Freundschaft hat die Stadt ein Erinnerungsschild anfertigen lassen, das bereits auf dem Weg in die USA ist.

Zustande kam die Verschwisterung durch die enge Verbindung über die Luftwaffe. In Wi-

chita Falls wurden über zwei Jahrzehnte lang auf dem Militärflughafen „Sheppard“ angehende Jetpiloten – überwiegend vom Standort Fürstenfeldbruck – während einer 13-monatigen Ausbildungszeit für Düsenflugzeuge geschult. „Sheppard“ war ein Lehrzentrum für alle Jet-Piloten der NATO-Staaten. Im Gegenzug wurden auch Piloten des Flughafens Sheppard am Fliegerhorst „Fursty“ ausgebildet. Aus dieser intensiven Zusammenarbeit ent-

wickelte sich eine enge, auch persönliche und freundschaftliche Beziehung zwischen den beiden Luftwaffenstandorten. Im Herbst 1983 regte der damalige Bundesminister der Verteidigung Dr. Manfred Wörner daher an, mit der Stadt Wichita Falls die partnerschaftliche Verbindung über den militärischen Bereich hinaus zu vertiefen. Ziel war es, den weiteren Austausch zu fördern. Daraus entstand schließlich im Dezember 1985

die offizielle Städtepartnerschaft. Die Übergabe der Urkunden fand im Sommer 1986 statt. Hierfür reisten der damalige Bürgermeister Max Steer und sein Stellvertreter sogar über den „Großen Teich“.

Auch wenn persönliche Begegnungen aufgrund der großen Entfernung über den Atlantik leider kaum möglich sind, ist es wichtig, die freundschaftliche Verbindung aufrechtzuerhalten.

Wohngebiet Malchinger Straße: Wettbewerb erfolgreich abgeschlossen

Mit der Preisgerichtssitzung Ende November hat die Stadt den städtebaulichen Realisierungswettbewerb für das Projektgebiet an der Malchinger Straße erfolgreich abgeschlossen. Ziel des Verfahrens war es, unterschiedliche Konzepte für ein neues Wohnquartier zu erarbeiten.

Eine interdisziplinär besetzte Jury hat die eingereichten Arbeiten der acht beteiligten Planungsteams sorgfältig geprüft, ausführlich diskutiert und einen Siegerentwurf ausgezeichnet. Zudem wurden zwei 2. Preise vergeben. Ausschlaggebend waren unter anderem die städtebauliche Struktur und Gestalt, die Vielfalt des Wohnungsangebots, die Erschließung, die Qualität der Grün- und Freiraumplanung sowie eine realistische Umsetzbarkeit.

Die Platzierungen der Preisträger

bestehend aus Architekten bzw. Stadtplaner mit Landschaftsarchitekten:

1. Preis: AllesWirdGut mit Lex-Kerfers
2. Preis: Palais Mai mit Grabner Huber Lipp
2. Preis: StudioVlayStreeruwitz ZT GmbH mit bauchplan.)(

Mit dem Abschluss des Wettbewerbs ist ein wichtiger Meilenstein für die Zukunft des Areals erreicht. Der prämierte Siegerentwurf bildet die Grundlage für die weitere Entwicklung des Gebiets.

Ausstellung

Um der Öffentlichkeit Einblick in die Vielfalt und Qualität der eingereichten Konzepte zu geben, zeigt die Stadt von 18. Dezember bis 7. Januar im Stadtlabor, Pucher Straße 6 a, eine Ausstellung mit allen Wettbewerbsbeiträgen. Be-

sucherinnen und Besucher erhalten die Möglichkeit, die Entwürfe im Detail zu betrachten und die Überlegungen aus erster Hand kennenzulernen. Die Öffnungszeiten sind täglich von 11.00 bis 19.00 Uhr.

Führungen durch die Ausstellung

Um Interessenten eine vertiefte Auseinandersetzung mit den gezeigten Arbeiten zu ermöglichen, bietet die Stadt Führungen durch

die Ausstellung an:

- Montag, den 22. Dezember, von 13.00 bis 14.00 Uhr
- Mittwoch, den 7. Januar, von 16.00 bis 17.00 Uhr

Um Anmeldung wird gebeten per E-Mail an stadtentwicklung@fuerstenfeldbruck.de.

Weitere Informationen zu dem Projekt gibt es unter bit.ly/malchingerstrasse.



Immobilienverkauf einfach sicher!

Ihr Immobilienvermittler in
Fürstenfeldbruck, Emmering
und Schöngesing.

Richard Kellerer
Leiter der Immobilienabteilung
Tel. 08141/407-4700
Richard.Kellerer@sparkasse-ffb.de



Sparkasse
Fürstenfeldbruck

Maklertätigkeit erfolgt in Vertretung der
Sparkassen Immobilien
Vermittlungs-GmbH



Zahngesundheitszentrum Maisach
Fachzentrum für Implantologie
Richard Fabian Bickel & Dr. Amelie Auracher

Termine



Zahnimplantologie
ohne Skalpell | Abdruck

- ⊕ Minimaler Eingriff
- ⊕ 30 Jahre Erfahrung
- ⊕ Meistergeführtes Zahnlabor



(08141) 31585 0 | Schulstraße 3 in 82216 Maisach

Polizeiinspektion Fürstenfeldbruck sucht Ehrenamtliche für die Sicherheitswacht

„Hinsehen statt wegschauen!“ – Nach diesem Motto leisten Angehörige der Bayerischen Sicherheitswacht seit mittlerweile mehr als 30 Jahren einen aktiven Beitrag für die Sicherheit und Ordnung

in ihrer Heimat. Die Sicherheitswacht hat verschiedene Aufgaben: Sie fungiert als Bindeglied zur Polizei, ist ein sichtbarer und aufmerksamer Ansprechpartner für die Bevölkerung und trägt zu

mehr Sicherheit, Zivilcourage und gesellschaftlichem Zusammenhalt bei. Mehr als 1.500 Mitglieder engagieren sich bereits bei der Bayerischen Sicherheitswacht – Tendenz steigend!

Für die neue Sicherheitswacht in Fürstenfeldbruck werden engagierte Menschen zwischen 18 und 62 Jahren gesucht, die eine abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung haben und sich ehrenamtlich einige Stunden pro Monat zum Wohl der Stadt und der Mitbürger einbringen möchten.

Wenden Sie sich bei Interesse bitte direkt an die Polizeiinspektion Fürstenfeldbruck. Sie erreichen diese telefonisch unter 08141

612-0, per E-Mail an pp-obn.ffb.pi@polizei.bayern.de oder im persönlichen Gespräch auf der Dienststelle. Weitere Informationen zum Ehrenamt finden Sie unter www.polizei.bayern.de/wir-ueber-uns/sicherheitswacht oder über den QR-Code.



Silvesterfeuerwerk: Dies gilt es zu beachten

Zum Jahreswechsel hin steigt die Nachfrage nach bunten Funken und lauten Böllern. Doch das Feuerwerk birgt erhebliche Risiken für Gesundheit, Sicherheit und Umwelt – besonders dort, wo Menschen auf Hilfe angewiesen sind. Wer ein Silvesterfeuerwerk plant, sollte sich dieser Aspekte bewusst sein. Das Abbrennen von Pyrotechnik kann zu Brand- und Explosionsrisiken, Verletzungsgefahr

ren, Lärmbelastungen, Luft- und Umweltbelastungen sowie Schäden an Infrastruktur führen.

Per Gesetz wurden daher bereits Verbotszonen eingerichtet, in denen das Abfeuern von Feuerwerkskörpern untersagt ist. Dazu gehören insbesondere Bereiche unmittelbar rund um religiöse Einrichtungen, Krankenhäuser, Kinder- und Pflegeheime sowie andere sensible oder brandempfindliche Gebäude.

Das Verbot schützt Patientinnen und Patienten, Besucherinnen und Besucher, Personal sowie gläubige Gemeinschaften vor Gefahren und Belästigungen beziehungsweise dient der Wahrung der Ruhe.

Folgende Bereiche sind in Fürstenfeldbruck betroffen:

- Kirchen: St. Sebastian in Puch, St. Peter und Paul in Aich, Erlöserkirche, Gnadenkirche,



Foto: Christel Sagniez/Pixabay

St. Bernhard, St. Magdalena, Leonhardikirche, Neuapostolische Kirche, Klosterkirche (inklusive Klosterareal)

- Kliniken: kbo-Isar-Amper-Klinikum, Klinikum Fürstenfeldbruck
- Seniorenheime: AWO-Seniorenzentrum Josefstift, BRK-Pflegehaus von-Lepel-Gnitz, Senioren Wohnen Buchenau, Alten- und Pflegeheim Theresia-num

Ein Plan mit Kennzeichnung der jeweiligen Standorte im Stadtgebiet ist auf der städtischen Webseite unter www.fuerstenfeldbruck.de im Bereich „Aktuelles“ einsehbar.

Hinweise für die Praxis: Wer in der Nähe sensibler Einrichtungen an Silvester feiern möchte, sollte vorher prüfen, ob eine Verbotszone besteht, gegebenenfalls Alternativen für Feuerwerk in freier Umgebung nutzen oder auf pyrotechnische Gegenstände verzichten.



Weil die Hilfe ankommt!

Am Kugelfang 45, 82256 Fürstenfeldbruck
Tel. +49 81 41/527 22 68, www.aktionpit.de

Ein Dach für die Zukunft - Kindergarten für Togo



Stellen Sie sich vor: Ein Kindergarten ohne Wände, ohne Dach – nur ein Baum, unter dem Kinder im Dreck sitzen und lernen. In Togo ist das Realität: Regen, Hitze und gefährliche Tiere statt spielen & lernen. Mit Ihrer Hilfe können wir ein sicheres Gebäude bauen. Jeder Euro zählt. Jeder Beitrag schenkt Hoffnung für die Zukunft.

Spende: Stichwort „KiGa-Togo“
Aktion PiT-Togohilfe e.V.
DE34 7005 3070 0031 0399 10
Sparkasse Fürstenfeldbruck



kiga-togo.aktionpit.de

B2-UMWIDMUNG: LÖSUNG ODER SCHEINLÖSUNG?

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die BBV versteht es, ihre verkehrspolitischen Ziele so darzustellen, dass komplexe Themen einfach wirken. Doch die von ihr angestrebte Umwidmung der B2 ist alles andere als einfach und logisch.

2009 verhinderte die BBV mit fragwürdigen Argumenten die „Deichenstegstrasse“ – eine realistische Entlastungslösung. Noch schwerer wiegt, dass BBV und Grüne per Stadtratsmehrheit die Unterfahrung aus dem Bundesverkehrswegeplan streichen ließen – ohne Not!

Im März lehnten BBV, Grüne und SPD den Antrag von CSU und FW auf ein Ratsbegehren zur B2-Verlegung ab. Erst eine Bürgerinitiative erkämpfte gegen Widerstand die nötigen Stimmen für ein Bürgerbegehren – echte Bürgerbeteiligung! Umso erstaunlicher, dass die BBV diesen Entscheid später scheinheilig begrüßte, während sie nun gleich-

zeitig ein eigenes Ratsbegehren anstrebt.

Die Wahrheit ist: Ein schlechter Zustand soll durch eine noch schlechtere Scheinlösung ersetzt werden. Die von BBV, Grünen und SPD formulierte Frage lautet: „Sind Sie dafür, dass die B2 aus der Innenstadt auf die jetzige LKW-Umfahrung verlegt wird und die Stadt dazu eine Umwidmungsvereinbarung mit dem Staatlichen Bauamt abschließt, um so die Innenstadt dauerhaft vom Schwerlastverkehr zu entlasten und um die Gestaltungshoheit für die gesamte Innenstadt, einschließlich unserer historischen Ampelbrücke, zu erhalten?“

So einfach klingt das. Doch ehrliche Transparenz wirft Fragen auf:

- Soll auch Quell- und Zielverkehr verdrängt werden – mit Folgen für Handel und Leben in der Stadt?
- Wie bleibt die Innenstadt belebt, wenn Kundschaft verdrängt wird? Schon heute sorgen ver-

knappte Parkplätze und reglementierte Zeiten für Unmut.

- Sind die Kosten für die marode Brücke realistisch oder droht ein unkalkulierbares Risiko?
- Soll unser größter kultureller Schatz, das Klosterareal, an einer hoch frequentierten Bundesstraße liegen?
- Wollen Sie Schleich- und Ausweichverkehr im Westen, wo wesentlich mehr Bürger betroffen wären?

Die Befürchtung bleibt: Mit der Umwidmung würde der Bund unumkehrbar aus seiner Verantwortung für eine nachhaltige Entlastung durch eine dritte Amperquerung entlassen.

Im Ergebnis würde durch dieses „Hauruckverfahren“ ein schlechter Zustand durch eine noch schlechtere Alibilösung ersetzt.

Wir danken der BI, dass sie mit dem Bürgerbegehren das erreicht hat, was wir bereits im März be-



Dr. Georg Jakobs, CSU

antragt haben: dass Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, über dieses komplexe Thema direkt abstimmen dürfen.

Als CSU-Fraktion appellieren wir daher an Sie: Unterstützen Sie das Bürgerbegehren! Die B2 bleibt dann zwar vorerst in der Hauptstraße, aber der Weg bleibt frei für eine echte, dauerhafte Entlastung – nicht nur vom Schwerlastverkehr.

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche und friedvolle Weihnachtszeit und am 18.01.2026 eine gute Entscheidung zum Wohle unserer Stadt.

KEINE INDUSTRIE IM ROTHSCWAIGER FORST



Liebe Bruckerinnen und Brucker,

der Rothschaiger Forst ist für unsere Stadt viel mehr als „nur“ ein Stück Wald. Er kühlt im Sommer unsere Wohngebiete, er ist Frischluftschneise, Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten und eines der wichtigsten Naherholungsgebiete Fürstenfeldbrucks. Die Stadtklimaanalyse weist dem Gebiet eine herausragende Bedeutung als Kaltluftentstehungsraum und Leitbahn für frische Luft zu – genau solche Flächen sollen ausdrücklich nicht bebaut werden.

Trotzdem plant die Firma KRO auf ihrem Kieswerksgelände am Rand des Forsts eine riesig dimensionierte Bodenwaschanlage mit Hallen, Verkehrsflächen und weiterer

Infrastruktur – faktisch ein Industriegebiet im Wald.

Wie ist die heutige Situation? Der Kiesabbau ist genehmigt und findet statt. Aber danach ist etwas anderes vertraglich zugesichert: die Rekultivierung zu einem hitzetoleranten Mischwald. Aus einer Übergangsnutzung für den Kiesabbau jetzt eine dauerhafte Industrie- und Gewerbefläche zu machen, wäre ein Wortbruch gegenüber Natur, Klima – und auch gegenüber den Bruckern.

Hinzu kommt: Der Rothschaiger Forst ist als Grünzug in der Regionalplanung ausgewiesen. Damit soll genau verhindert werden, dass sich schleichend immer mehr Gewerbe- und Industrie- und Gewerbeflächen in sensible Landschaftsräume fressen. Wer hier eine Ausnahme

zulässt, öffnet Tür und Tor für weitere Begehrlichkeiten – zu Lasten unserer „grünen Lunge“ im Westen.

Wir GRÜNE haben deshalb eine umfassende, **ergebnisoffene Stand- ortuntersuchung** für die geplante Bodenwaschanlage beantragt: Gibt es bereits versiegelte oder ökologisch deutlich weniger sensible Flächen im Stadtgebiet oder im Umland, auf denen eine solche Anlage deutlich verträglicher wäre? Diese Frage muss seriös geprüft und transparent beantwortet werden – im Stadtrat und gegenüber der Öffentlichkeit.

Der Stadtrat hat 2020 beschlossen, die Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe „höchster Priorität“ anzuerkennen und bis 2035 klimaneutral zu werden. Wer das



Jan Halbauer,
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Fraktionsvorsitzender

ernst meint, kann nicht gleichzeitig eines der wichtigsten Kaltluft- und Waldgebiete der Stadt opfern. Für uns ist klar:

- Der Rothschaiger Forst muss Wald bleiben.
- Nach dem Kiesabbau *muss* zeitnah rekultiviert werden.
- Industrie gehört auf geeignete Gewerbeflächen – nicht in den Wald.

Dafür setzen wir uns im Stadtrat ein – konsequent, sachlich, aber mit einer klaren roten Linie: **keine Industrie im Rothschaiger Forst.**

Ihr

Jan Halbauer

LEIDER KEIN BODEN- UND BETONRECYCLING IN BRUCK – NACHHALTIGKEIT DARF NICHT NUR EINE IDEOLOGISCHE WORTHÜLSE SEIN... UND WARUM ES DESHALB BIS AUF WEITERES KEINE ERWEITERUNG DES PUCHER MEERS GIBT

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Politik muss Wege in die Zukunft aufzeigen und gerade in bewegten Zeiten Sicherheit geben. Das ist einer der Beweggründe, warum ich mich engagiere. Das ist ein immerwährender Abwägungsprozess, der nicht an Ideologien scheitern darf.

So wird seit über 50 Jahren Kies am Rande des Rothschaiger Forstes abgebaut. Seit Jahren gibt es von der Betreiberfirma KRO die Bestrebung, das Geschäft um eine Bodenwaschanlage und eine größere Anlage für Betonaufbereitung zu erweitern und auf beständige Füße zu stellen. Wir Freien Wähler wollten diese Bestrebungen mit einem gemeinsamen Antrag der CSU in geordnete Bahnen lenken:

mit einem Bebauungsplan für ein Sondergebiet „Bodenrecycling und Betonwerk“.

Dies ist nun durch die Ablehnung von BBV, Grünen, SPD und Die Partei gescheitert. Und damit ist auch die Erweiterung des Freizeitareals am Pucher Meer in weite Ferne gerückt.

Folgende Fakten, die wir bewertet haben:

- Wir sind ein dicht besiedeltes Land mit wenig Rohstoffen. Es müssen dringend Wohnungen gebaut und Infrastruktur muss saniert werden. Wir sehen es als unverantwortbar an, lieber neue Deponien in Kauf zu nehmen als das Bodenrecycling voranzutreiben. Hier in Bruck besteht ein Rohstoff-Standort – warum soll dieser nicht dauerhaft genutzt werden?

- Wir würden eine Zukunftsbranche in der Stadt haben, und damit Arbeitsplätze wie Gewerbesteuer sichern.

- Wir hätten mit KRO einen wichtigen Unternehmenspartner an Bord, dem eben das Erweiterungsgebiet vom Pucher Meer und das ehemalige Kieswerk Schwarz am Pucher Meer mit mehreren Hektar Flächen gehört. Da muss man anerkennen: ohne eine Partnerschaft mit KRO keine Erweiterung des Naherholungsgebietes! Punkt.

Für uns ist die Ablehnung des Sondergebietes ein weitreichender Fehler. Es zeigt sich immer deutlicher: Wir brauchen einen Politik-Wechsel in Bruck.

Aber jetzt wünsche ich Ihnen allen zu allererst eine besinnliche Weih-

nachtszeit und einen guten Start in 2026 – lassen Sie uns mit neuer Kraft unsere Stadt gestalten.



Markus Droth, FW
Fraktionsvorsitzender

Mit weihnachtlichen und zukunftsweisenden Grüßen

Ihr

Markus Droth

ES LEBE DER SPORT!

Liebe Bruckerinnen und Brucker,

leider mußte unsere SPD-Stadträtin Tina Jäger vor einigen Wochen ihr Mandat aus beruflichen Gründen aufgeben. Für mich als Nachrücker gilt es nun, im nächsten halben Jahr diese Lücke zu füllen. Da mir der Bereich „Sport – Sportstätten“ bei der früheren Arbeit im Stadtrat immer sehr wichtig war, bleibt das auch künftig so. Zumal der bauliche Zustand von Hallenbad und Eisstadion, nach über fünfzig Betriebsjahren, immer kritischer wird. Deshalb auch gleich zu diesem Thema. In den Jahren 2021–23 waren Corona, der Ukrainekrieg und eine enorme Teuerungswelle prägend. Das führte dazu, dass die Neuplanung von Hallenbad und Eishalle in Frage gestellt wurde. Letztlich auch aufgrund überzogener Baukostenphantasien wurde die Planung 2023 auf Beschluß des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) dann ganz aufgegeben.

Um diesen Zustand des Nichtstuns zu durchbrechen, hat die SPD-Fraktion bereits am 12.08.2024 beantragt, die konzeptionelle Arbeit wieder aufzunehmen. Dazu sollte der vormalige Arbeitskreis Hallenbad/Eishalle, oder ein neu for-

mierter, wieder aktiv werden. Aber bei OB Christian Götz und seiner Fraktion stieß diese Initiative offenbar nicht auf Interesse. Andernfalls hätte der OB ja den Antrag innerhalb der vorgeschriebenen Frist von vier Monaten noch 2024 auf die Tagesordnung setzen können. Aber diese rechtliche Vorgabe wurde in der Folge einfach ignoriert.

Doch, oh Wunder, ein Jahr später, am 12.08.2025 stellte die BBV-Fraktion inhaltlich nahezu den gleichen Antrag wie die SPD-Fraktion schon 2024, auf Fortsetzung der konzeptionellen Arbeit bzw. Einsetzung eines Arbeitskreises. Und nun, nur drei Monate danach, wurden beide Anträge vom OB auf die Tagesordnung gesetzt. Ein Schelm wer Böses dabei denkt. Allerdings war mittlerweile mehr als ein Jahr nichts geschehen, was angesichts des maroden Zustandes der Sportanlagen kritisch zu bewerten ist.

Nun könnte es ja, nach dem Beschluß des HFA vom 18.11.25, endlich losgehen mit der Arbeit? Aber, gemacht, der neue Arbeitskreis ist jetzt zwar beschlossen, die Einrichtung desselben wurde aber, gegen unsere Stimmen, auf die

Zeit nach der Kommunalwahl 2026 verschoben, also auf frühestens Juni nächsten Jahres. Aber dann kommen erst noch die Pfingstferien und vor den großen Ferien ist sowieso immer Stress. Im Herbst 2026 wird dann wohl die Arbeit aufgenommen, so werden seit unserem Antrag von 2024 mehr als zwei Jahre untätig verstrichen sein. Dieser Ablauf sieht nicht gerade nach einem hohen Stellenwert des Sportzentrums bei der aktuellen Rathausführung aus. Dazu kommt, dass der neue Arbeitskreis mit 20 Teilnehmern ein sehr schwerfälliges Konstrukt sein wird. Im Übrigen hat die SPD-Fraktion aktuell für alle Sportvereine beantragt, die Jugendsportzuschüsse nach sechs Jahren endlich deutlich zu erhöhen, – **es lebe der Sport!!!**

Die SPD-Stadtratsfraktion wünscht hiermit nicht nur den sportlichen – sondern allen Bruckern und Bruckerinnen – ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2026.

Und natürlich wären wir alle gemeinsam von Herzen froh, wenn der unselige Krieg in der Ukraine im nächsten Jahr endlich ein erträgliches Ende finden würde.



Walter Schwarz, SPD

GLASEREI WINKLER

- NEU- UND REPARATUR-VERGLASUNGEN/ISOLIERGLAS
- SPIEGEL NACH MASS
- MONTAGE
- DUSCHKABINEN/KÜCHENRÜCKWÄNDE
- BILDERRAHMEN

Inh. Alexander Vogt
Adolf Kolping-Str. 8
82256 Fürstenfeldbruck
Tel. 0 81 41-9 20 51
glaserei-winkler-vogt@web.de
www.glasereifuerstenfeldbruck.de

FAKTEN IM UMWIDMUNGSVERFAHREN ZUR BUNDESSTRASSE B2

Die im Folgenden dargestellten Fakten waren im Juli bei Gründung der Bürgerinitiative (BI) „Verbleib der B2“ allen Fraktionen und auch den Freien Wählern bekannt. Es gab erste Aussagen zu Kosten und mehrfach wurde betont, dass sich Verkehrsströme nicht ändern – auch nicht in den Wohngebieten. Verkehrsmaßnahmen nach einer Umwidmung und Sanierung der Amperbrücke wird es erst nach einem Prozess mit Bürgerbeteiligung und nur mit Zustimmung einer breiten Bürgerschaft geben. Leider wurde das in deren Flyer zum Sammeln der Unterschriften nicht so dargestellt.

25.2.2025 Sitzung Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Erstmals war **Hr. Mattmann**, damals Bereichsleiter Straßenbau, jetzt Behördenleiter des Staatlichen Bauamt (StBA) zu Gast. Hier seine Antworten zu gestellten Fragen (zitiert aus der öffentlichen Niederschrift der Sitzung):

Herr Mattmann: ... Der Bund beurteilt, dass eine **wirtschaftliche Instandsetzung der Brücke nicht mehr möglich** ist. Ein Neubau der Brücke ist schon in der Planung, die vorläufige Kostenschätzung beläuft sich auf circa 3,5 Millionen Euro. (Anm. Karin Geißler: Oktober 2025 Vorstellung der genauen Kosten: Neubaukosten 3,9 Millionen Euro, Sanierung 3,45 Millionen Euro). Das Interesse der Stadt wurde erkannt und für berechtigt gehalten, den Schwerlastverkehr, wie jetzt schon, aus der Innenstadt herauszuhalten. Deshalb wurde die **Variante** entwickelt, dass die **B2 auf die jetzige LKW Umfahrroute** gelegt wird, ... und die heutige B2 in die Bau-

last der Stadt übergeht. Die Umwidmung ist ein **rein verwaltungsinternes Verfahren**, das letztendlich das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr in Bayern durchführt. Die **Zustimmung des Fernstraßenbundesamtes** ist dafür notwendig, sie liegt jetzt auch schon vor.

Herr Stadtrat Lohde fragt nach Sanierungskosten, Unterhalt und Lärmschutz.

Herr Mattmann erklärt, dass die **Stadt vom Bund die Kosten erstattet** bekommt, die ein Neubau oder eine Sanierung kosten würden. Je nachdem was für den Bund günstiger ist. **Der Bund wird vermutlich mehr zahlen** als die Stadt zahlen muss, der Ausgleich würde dann an die Stadt gehen, im Gegenzug erhält die Stadt dann auch die schlechte Straße. Bezüglich des Lärmschutzes erklärt Herr Mattmann dass die Umwidmung an sich keine Verkehrsverlagerung ausmacht.

Herr Stadtrat Stockinger hat eine Frage, ob schon Planungen laufen, wie die **Anbindung** der Äußeren Schöngeisinger Straße an die **B 471** aussehen soll.

Herr Mattmann erklärt, dass allein durch die Umwidmung nicht mehr Verkehr aufkommt, auf die Anbindung an die B 471 aber schon

längere Zeit ein Augenmerk gelegt wird, da es ein Unfallschwerpunkt ist. Das Staatliche Bauamt verfolgt weiter die Planung für eine Lichtsignalanlage.

27.05.2025 Stadtrat

In der Sitzung lagen die Zahlen für die Bewertung der Straßen vor, die Bewertung der Brücken wurde für den Herbst angekündigt. Folgende Grundsatzbeschlüsse wurden gefasst:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin alle notwendigen und möglichen Schritte zu unternehmen, um den **Schwerlastverkehr aus der Innenstadt** herauszuhalten. (36:0)
2. Um eine Erhöhung der Verkehrsbelastung in der Innenstadt zu vermeiden, spricht sich der Stadtrat **grundsätzlich für eine übergangsweise Verlegung der B 2** auf die jetzige Schwerlasttrasse über die Oskar-von-Miller-Straße, die Fürstenfelder Straße und die Äußere Schöngeisinger Straße aus. (22:14)
3. Der Stadtrat spricht sich **für eine 3. Amperquerung** als zukünftige Lösung für die Führung der B 2 aus. (30:6)
4. Es wird begrüßt, die Hoheit
5. Eine **Machbarkeitsstudie... für eine 3. Amperquerung** soll beauftragt werden, um diese Trasse für den nächsten Bundesverkehrswegeplan anzumelden. ... (27:9)
6. Nach Erhalt der Straßenbaulast für die Strecken der Innenstadt soll die **Radverkehrsführung verbessert und die Schulwegsicherheit** erhöht werden. (35:1)
7. Für die B2-Trasse entlang der jetzigen Schwerverkehrstrasse fordert die Stadt den Straßenbaulastträger auf, Planungen zur **Verbesserung der Radinfrastruktur** und Optimierung der **Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte** durchzuführen und umzusetzen (mit Unterpunkten a-c). (36:0)
8. Eine **Bürgerbeteiligung** für die verkehrlichen Maßnahmen bezüglich der B2 im Rahmen der Zuständigkeit der Stadt Fürstentfeldbruck wird **ausdrücklich befürwortet**. Die Verwaltung wird beauftragt geeignete Beteiligungsmethoden zur Einbindung der Bürgerschaft zu entwickeln und dem Stadtrat vorzulegen, sobald absehbar ist, welche Trasse in der Planungshoheit der Stadt liegen wird. Die **Durchführung einer Bürgerbeteiligung** soll als **Grundvoraussetzung für die Umsetzung/Durchführung jeglicher, verkehrsbeeinflussender Maßnahmen** gesehen werden. (35:1)



Karin Geißler, BBV
Fraktionssprecherin



Florian Weber,
Sprecher Die PARTEI/Die Linke



RAUMGESTALTUNG
NEU GEDACHT.

Siedlerplatz 26, FFB
www.nastoll.com

NASTOLL
einrichten und wohnen

Schreinerei Pirker

Fenster - Türen - Möbel

Reparatur
Abdichtung
Erneuerung



Glasarbeiten
Restaurierung
Einbruchschutz

www.schreiner-restaurator.de
Gottlieb-Daimler-Str. 12 82140 Olching Tel.: 08142/6511308

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in den letzten Sitzungen des Stadtrats und der Ausschüsse wurden weitreichende Beschlüsse gefasst.

Bürger- und Ratsbegehren B2 kommt

Zunächst wurde auf Antrag von BBV, Grünen und SPD ein Ratsbegehren zur B2 beschlossen. Es ist politische Strategie, dass BBV, Grünen und SPD jetzt auf einmal ein Ratsbegehren fordern, wo sie im Frühjahr unseren Antrag zur B2 noch abgelehnt hatten. Bei der B2 stehen wir aber letztlich vor dem Scherbenhaufen, verursacht durch eine Kette an Fehlentscheidungen. Schon die Variante der Deichenstegstrasse war von OB Keller damals schlecht mit dem Straßenbauamt verhandelt. Deswegen regte sich ja auch der Widerstand in der Bevölkerung, der in einem ersten Bürgerbegehren 2008 gipfelte. Dennoch nahm die Mehrheit der Brucker die Deichenstegstrasse trotz ihrer Mängel an – besser eine schlechte Lösung, als gar keine. Das 2009 von Kellerer

initiierte Ratsbegehren war der zweite große Fehler in der Sache, hätte man doch die Defizite der Trasse nachbessern und eine tragbare Lösung realisieren können. Durch diese Ablehnung im Ratsbegehren trat der Stillstand ein. Der Kardinalfehler von 2014 ist auf BBV, Grüne, SPD, ÖDP und FDP zurückzuführen, weil diese Mehrheit den von Hans Schilling und mir mit dem Straßenbauamt ausgehandelten Plan der Unterquerung der Amper in einer neuen Wegeverbindung von B2 und B471 ablehnten und so die Eintragung in den Bundesverkehrswegeplan 2015 verhinderten. Jetzt bleibt den Bürgern nur die Wahl zwischen der Verschiebung der Verkehrsbelastung Richtung Westen oder dem Neubau der Amperbrücke.

Einheimischenmodell kommt

Eine weitere epochale Entscheidung hat eine deutliche Mehrheit im Stadtrat in Sachen Wohnraumerschaffung getroffen. Schon seit

gut 20 Jahren verfolge ich das Ziel, ein Einheimischenmodell im Geschosswohnungsbau zu etablieren. 2013 hatte ich in einem konkreten Antrag die Auflage eines entsprechenden Modells gefordert. Auch wenn der Antrag im Rat eine Mehrheit fand, tat sich seitdem nichts in der Umsetzung. 2022 der nächste Antrag, den ich zusammen mit Jan Halbauer gestellt hatte. Dieser durchaus umfangreiche Antrag wurde nun im Planungs- und Bauausschuss einstimmig angenommen. Danke dafür an alle Unterstützer. Die Verwaltung hat auch bereits ein Vorhaben im Auge, in dessen Rahmen das erste Einheimischenmodell in Fürstenfeldbruck realisiert werden könnte – bei der Überplanung des Grimmlattenareals sind Einheimischenmodell-Wohnungen vorgesehen. Damit würde Fürstenfeldbruck endlich ein zusätzliches – und wie ich finde wichtiges – Werkzeug in der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum erhalten. Da uns das Ein-



Andreas Lohde, FBM
Fraktionsvorsitzender

heimischenmodell ein wichtiges Anliegen ist, werden wir uns auch bei anderen geeigneten Projekten für eine anteilige Umsetzung einsetzen.

Es bleibt also viel zu tun.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen der FBM frohe Weihnachtstage und alles Gute für 2026.

Andreas Lohde

BITTE ENDLICH SCHULWEGSICHERHEIT ZWISCHEN KLOSTER UND SCHULZENTRUM!

Im Juli 2017, also vor mehr als acht Jahren, beschloss der Stadtrat den Straßenzug von der Oskar-von-Miller-Straße über die Fürstenfelder zur Äußeren Schöngesinger Straße – also genau die Strecke, auf die jetzt eventuell die B2 verlegt werden soll – komplett umzugestalten. Ziel: Die damals bereits von unserer Straßenverkehrsbehörde als „unzureichend“ eingestufte Situation für den Rad- und Fußverkehr zu verbessern. Was ist seit 2017 passiert? Nichts! Nicht einmal eine Grobplanung!

Auf Initiative von OB Götz wurde 2024 dann sogar das in der Raff-Zeit noch für das Projekt eingeplante Geld aus dem Haushalt gestrichen, mit Verweis auf die eventuelle B2-Verlegung.

Umgestaltung würde mit B2-Verlegung noch wichtiger

Auf meinen Antrag hin hat der Stadtrat diesen Mai zumindest beschlossen, die Umgestaltung insbesondere der Strecke vom Schulzentrum am Tulpenfeld zur Kreuzung mit der Rothschaiger Straße weiterhin als sogenanntes

Schlüsselprojekt voranzutreiben, auch wenn die B2 auf diese Strecke verlegt wird. Denn mit der Verlegung fahren dort ja nicht weniger LKWs und PKWs, sondern eher mehr.

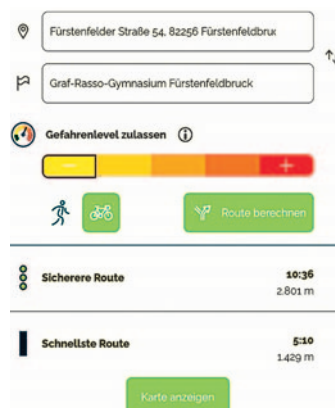
Die Uhr tickt!

Spätestens wenn die Hauptbrücke ganz oder teilweise gesperrt wird, sei es für die Sanierung, den Neubau oder als Sicherungsmaßnahme bis dahin, werden deutlich mehr Fahrzeuge auf die Strecke am Kloster vorbei ausweichen MÜSSEN und dabei Leute, die mit dem Rad

oder zu Fuß unterwegs sind, gefährden. Und man darf nicht vergessen, dass vier weiterführende Schulen an und in der Nähe der Oskar-von-Miller-Straße liegen (Realschule, Berufsschule, Gymnasium, FOS/BOS).

Unfall: PKW verletzt Radlerin

Erst im November wurde eine Radlerin morgens an einem Zebrastreifen an der Fürstenfelder Straße von einem Auto angefahren und musste ins Krankenhaus. Muss erst etwas Schlimmeres passieren, bis die Stadt handelt?



Wer möglichst sicher von der Fürstenfelder Straße zum Schulzentrum Tulpenfeld radeln will, der wird vom digitalen städtischen Schulwegplaner (www.schulwege.de/orte/fuerstenfeldbruck) mit einem langem Umweg über die Innenstadt geschickt.



Alexa Zierl, ÖDP, Referentin für
Klimaschutz und Energie

Amperbrücke und B2: Was kommt, entscheiden Sie

Liebe Bruckerinnen, liebe Brucker,

wie bereits in meinem Grußwort angekündigt, finden Sie auf den nächsten Seiten ausführliche Informationen zur Diskussion über die Zukunft der Bundesstraße 2 (B2). Die B2 ist eine der wichtigsten Verkehrsadern in Fürstenfeldbruck. Sie führt mitten durch unsere Innenstadt – über die Münchner Straße, die Hauptstraße und die Augsburger Straße – und über die denkmalgeschützte Amperbrücke. Wegen des Sanierungsbedarfs der 1909 erbauten Brücke ist diese für Fahrzeuge über 16 Tonnen gesperrt. Der Schwerlastverkehr wird deshalb bereits seit 1957 auf die Umleitungsstrecken Oskar-von-Miller-Straße, Fürstenfelder Straße und äußere Schöngeisinger Straße verlagert. Die Zukunft der B2 und der Amperbrücke beschäftigt viele Menschen in unserer Stadt. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie der Verkehr künftig geführt werden soll und wie wir mit unserem historischen Bauwerk umgehen. Der Stadtrat hat sich mit einer deutlichen Mehrheit (hier die Fraktionen von BBV, SPD,

Bündnis 90/Die Grünen und Die PARTEI) für die Verlegung der B2 ausgesprochen und damit dauerhaft den Schwerlastverkehr aus der Innenstadt herauszuhalten sowie die Amperbrücke denkmalgerecht zu sanieren. Dafür wäre eine offizielle Umwidmung der B2 auf die bestehende Umgehungsstrecke notwendig. Eine solche Umwidmung verändert die Zuständigkeiten und die Finanzierung der Straße. Für Fürstenfeldbruck bedeutet das: Die bisherige B2-Trasse in der Innenstadt würde von einer Bundesstraße zu einer kommunalen Straße werden. Damit würde die Planungshoheit an die Stadt übergehen. Auch wäre die Stadt künftig für den Unterhalt dieser Abschnitte – einschließlich der Amperbrücke – verantwortlich. Im Gegenzug übernimmt das Staatliche Bauamt Freising für den Bund den Unterhalt der dann neuen B2 von der Oskar-von-Miller-Straße über die Fürstenfelder Straße und die äußere Schöngeisinger Straße samt drei Brücken bis zur Anschlussstelle an die B471 „Fürstenfeldbruck/Buchenau“. Für diese Lösung steht das Ratsbegehren. Demgegenüber steht die Auffas-

sung der Bürgerinitiative „Verbleib der B2“, die die Umwidmung ablehnt. Die Mitglieder befürchten eine zu hohe finanzielle Belastung für die Stadt. Außerdem gibt es Sorgen vor einer stärkeren Verkehrsbelastung im Westen sowie vor mehr Lärm und Abgasen entlang der neuen Trasse. Für diese Position hat die Initiative ein Bürgerbegehren gestartet und 2.084 gültige Unterschriften bei der Stadt eingereicht. Damit wurde das erforderliche Quorum knapp erreicht.

Beide Seiten führen Vor- und Nachteile an – unter anderem für den Verkehr, das Stadtbild und die Lebensqualität in Fürstenfeldbruck. Die Frage, wie wir mit der B2 und der Amperbrücke umgehen, ist komplex und betrifft viele Aspekte unseres Zusammenlebens. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Sie als Bürgerinnen und Bürger aktiv mitentscheiden. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung Ende November beschlossen, dass die Entscheidung in Ihre Hände gelegt wird. Am **18. Januar** haben Sie im Rahmen des **Bürgerentscheids** die Möglichkeit, über den zukünftigen Verlauf der B2 zu bestimmen und

damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unserer Stadt zu leisten.

Damit Sie sich eine fundierte Meinung bilden können, informiert die Stadt umfassend und auf vielen Kanälen über alles Wissenswerte zur B2 und zum Bürgerentscheid. Eine hervorragende Gelegenheit, Argumente abzuwägen, Fragen zu stellen und sich mit Expertinnen und Experten auszutauschen, bietet der **Infomarkt mit anschließender Diskussionsrunde am 8. Januar** in der Tenne des Veranstaltungsforum Fürstenfeld. Dort können Sie sich über alle Aspekte der B2 und des Bürgerentscheids informieren und direkt unter anderem mit Planern, Gutachtern und der Stadtverwaltung ins Gespräch kommen.

Mir persönlich ist es wichtig, dass Sie alle Fakten kennen, um sich dann eine bewusste Meinung zu bilden und mit Ihrer Stimme am 18. Januar die Zukunft unserer Stadt mitzugestalten. Nutzen Sie diese Gelegenheit!

Ihr Oberbürgermeister
Christian Götz



Foto: Andreas Thierschmid

INFORMATIONEN ZUM BÜRGERENTSCHEID AM 18. JANUAR

Sämtliche offiziellen Bekanntmachungen zum Bürgerentscheid am 18. Januar finden sich unter www.fuerstenfeldbruck.de > Rathaus.

Die Wahlbenachrichtigungen inklusive Briefwahlunterlagen wur-

den bereits versandt. Wer lieber in einem der fünf Urnenwahllokale seine Stimme abgeben möchte, kann dies selbstverständlich machen. Das zuständige Wahllokal ist auf der Wahlbenachrichtigung angegeben.

HINWEIS DER REDAKTION

Die auf den nachfolgenden Seiten 14 und 15 veröffentlichten Inhalte spiegeln die persönlichen Ansichten der jeweiligen Vertreterinnen und Vertreter des Ratsbegehrens beziehungsweise der Bürgerinitiative wider. Die Redaktion des Rathaus-

Reports hat die Texte unverändert übernommen, um beiden Positionen die gleiche Möglichkeit zur Darstellung zu geben. Für die Richtigkeit der Angaben übernehmen die Verfasser die Verantwortung.

Ratsbegehren: B2 raus aus der Innenstadt – Für eine lebenswerte Stadt Fürstenfeldbruck

Am 18. Januar 2026 steht Fürstenfeldbruck vor einer wichtigen Entscheidung: Mit der Zustimmung zum Bürgerentscheid „B2 raus aus der Innenstadt“ können Sie als Bürgerinnen und Bürger aktiv die Zukunft Ihrer Stadt mitgestalten. Unser Ziel ist es, die Bundesstraße B2 aus dem Herzen der Stadt auf die bestehende LKW-Umfahrung zu verlegen und damit die Innenstadt dauerhaft vom Schwerlastverkehr zu entlasten.

Warum ist die Verlegung der B2 so wichtig?

Die Innenstadt von Fürstenfeldbruck ist seit Jahren durch ein gleichbleibend hohes Verkehrsaufkommen belastet. Bleibt die Bundesstraße B2 in der Innenstadt, muss die historische Amperbrücke, ein denkmalgeschütztes Bauwerk, abgerissen werden und einem Brückenneubau weichen, der auf eine Belastung von 40 Tonnen ausgelegt ist.

Nur wenn die Bundesstraße auf die schon bestehende Umfahrung (Oskar-von-Miller-Straße, Fürstenfelder Straße, äußere Schöngesinger Straße) verlegt wird, wird die historische Brücke saniert und die Beschränkung für die Tonnage bleibt bestehen. Nur damit bleibt der Schwerlastverkehr dauerhaft aus der Innenstadt ausgeschlossen.

Mit der Verlegung der B2 ergeben sich zahlreiche Vorteile für die Stadt:

- **Dauerhafte Entlastung der Innenstadt vom Schwerlastverkehr:** Weniger Lärm, weniger

Abgase und mehr Sicherheit für alle, die sich in der Innenstadt bewegen.

- **Bewahrung und Sanierung der historischen Amperbrücke:** Die Brücke bleibt erhalten und kann mit Bundesmitteln saniert werden.
- **Mehr Raum für Rad- und Fußverkehr:** Die freiwerdenden Flächen bieten neue Möglichkeiten für eine moderne und nachhaltige Mobilität.
- **Erhöhung der Schulwegsicherheit:** Besonders für Grundschulkinder wird der Weg zur Schule sicherer.
- **Steigerung der Aufenthaltsqualität:** Die Innenstadt wird attraktiver für Bewohnerinnen und Bewohner, Besucherinnen und Besucher und nicht zuletzt für den Einzelhandel und die örtliche Gastronomie.

Gestaltungshoheit in der Innenstadt

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Gestaltungshoheit, die die Stadt über das Zentrum endlich gewinnt. Nur wenn die B2 verlegt wird, erhält die Stadt Fürstenfeldbruck die volle Kontrolle über die Entwicklung und Nutzung der Münchner Straße, Hauptstraße und Augsburger Straße. Das bedeutet: Straßenfeste, Fußgängerüberwege, Radwege und Ampelschaltungen können künftig eigenständig und bürgernah geplant und umgesetzt werden. Die Zustimmung des Bundes ist nicht mehr notwendig.

Dabei ist wichtig zu betonen, dass sich durch die bloße Umwidmung

der B2 die Verkehrsströme in Fürstenfeldbruck nicht verändern werden. Der übrige Verkehr wird sich nicht verlagern. Die von der Bürgerinitiative für den Verbleib der B2 in der Innenstadt geschürte Angst, es käme zu einer Verlagerung des Verkehrs in andere Gebiete, ist unbegründet und basiert nicht auf Fakten. Gleichwohl schafft die Umwidmung jedoch die Voraussetzung dafür, dass die Stadt künftig eigenständig Maßnahmen zur Verkehrslenkung und -gestaltung ergreifen kann.

Keine Zusatzkosten für die Stadt

Die Frage der Finanzierung spielt eine zentrale Rolle bei der Entscheidung über die Zukunft der B2 in der Innenstadt. Wird die B2 verlegt und die Amperbrücke damit nicht mehr als Bundesstraße genutzt, entstehen durch die gegenseitige Aufrechnung der Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen keine (!) Kosten für die Stadt.

Was passiert, wenn die B2 nicht verlegt wird?

Bleibt die B2 in der Innenstadt, hat das gravierende Folgen:

- Die historische Amperbrücke muss abgerissen werden, da sie nicht für die Sanierung auf 40 Tonnen ausgelegt ist und es würde durch den Neubau eine neue Schwerlastbrücke mitten in der Stadt entstehen.
- Der Schwerlastverkehr wird dann ungehindert auf der weiter bestehenden Bundesstraße mitten durch die Innenstadt strömen und weder durch Be-

schilderung noch sonstige Maßnahmen aus dem historischen Zentrum ferngehalten werden.

- Die Attraktivität der Innenstadt sinkt und die Stadt verliert jede Möglichkeit, selbstständig über wichtige Verkehrs- und Gestaltungsfragen zu entscheiden.

Bürgerbeteiligung und Mitgestaltung

Das Bündnis „Lebenswertes Bruck“ setzt sich für eine breite Bürgerbeteiligung ein. Mit der positiven Entscheidung für das Ratsbegehren wird die Grundlage geschaffen, die Stadt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sicher, lebenswert und zukunftsfähig zu gestalten. Ein Bürgerrat soll die künftige Entwicklung des Verkehrs in unserer Stadt begleiten und mitgestalten.

So stimmen Sie richtig ab

Am 18. Januar 2026 oder schon vorher durch Briefwahl haben Sie die Möglichkeit, Ihre Stimme für eine gedeihliche Zukunft Fürstenfeldbrucks abzugeben.

Dazu müssen Sie beim **Bürgerentscheid 1 – B2 raus aus der Innenstadt** **Ja** ankreuzen.

Beim Bürgerentscheid 2 – Verbleib der B2 – Keine Umwidmung städtischer Straßen stimmen Sie mit **Nein**.

Bei der Stichfrage stimmen Sie **für den Bürgerentscheid 1 (Ratsbegehren)**.

Informieren Sie sich und gestalten Sie mit!

Alle Details zum Ratsbegehren, zu den Hintergründen und den Auswirkungen finden Sie auf der Webseite www.b2-rausausderinnenstadt.de. Nutzen Sie die Chance, sich noch weiter zu informieren und Fürstenfeldbruck aktiv mitzugestalten.

Für eine sichere, lebenswerte und zukunftsfähige Innenstadt – Ihre Stimme zählt!

Bündnis „Lebenswertes Bruck“, bestehend aus BBV, Grüne, SPD und Die PARTEI



Ja zum Bürgerbegehren Verbleib B2 – Ja zu einer zukunftsweisenden Verkehrslösung für ganz Bruck

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

jetzt vor Weihnachten erhalten Sie die Wahlunterlagen für zwei Bürgerentscheide zum Verlauf der B2.

Wir bitten Sie um Ihr „JA“ für das **Bürgerbegehren „Verbleib B2“** (Bürgerentscheid 2), welches von uns Bürgerinnen und Bürgern erkämpft wurde.

WIR SIND DAS ORIGINAL!

Wir meinen:

Unser Fürstfeldbruck ist mehr als nur die Hauptstraße.

Wir wollen alle den Schwerlastverkehr aus der Innenstadt heraushaben, der Unterschied ist, wir wollen ihn aus **ganz** Bruck verbannen und nicht von der Hauptstraße auf andere Straßen verlegen.

Dafür ist eine echte Umgehung, ein dritter Amperübergang unabdingbar.

Wenn wir den Bund jetzt aus der Verantwortung für die dritte Amperquerung entlassen, wird es in den nächsten Jahrzehnten keine wirkliche Verkehrsentslastung der gesamten Stadt geben.

Das Ratsbegehren der Stadt wirbt mit der „Hoheit im eigenen Wohnzimmer“, welches sie verkehrsberuhigen wollen. Deshalb wollen sie die B2 herausverlegen, doch wo soll der Verkehr nach der Beruhigung dann hin?

Bei gleichem oder sogar höherem Verkehrsaufkommen und weniger belastbaren Straßen, muss der Verkehr sich zwangsweise in die Wohngebiete verteilen, kommt also vor Ihre Haustür.

Die Theorie des Ratsbegehrens passt daher nicht zur Praxis: Wir sehen bereits jetzt, dass der Durchgangsverkehr, insbesondere der LKW-Verkehr, sich den kürzesten Weg zum Ziel sucht. Die Rothschaigerstraße und die Landsbergerstraße sind dadurch jetzt schon sehr stark belastet.

Weitere Verkehrseinschränkungen

im Zentrum werden diese Belastungen in den Wohngebieten nur potenzieren.

Und das alles nur um die Hauptstraße zu entlasten?

Deshalb setzen wir uns dafür

ein, dass die B2 NICHT auf die Oskar-von-Miller-/Fürstfelder/Äussere Schöngesinger Straße verlegt wird und die bestehende B2 – **vorerst** – in der Innenstadt verbleibt.

Wir sehen die Möglichkeit einer wirklichen Verlegung – baulich wie rechtlich – erst bei Schaffung einer 3. Amper-Querung.

Nach der Einreichung unserer Unterschriften bei der Stadt Fürstfeldbruck Ende Oktober haben BBV, Die Grünen, SPD und DIE PARTEI, die ursprünglich keine Beteiligung der Bürger gewünscht hatten, noch schnell mit ihrer Mehrheit im Stadtrat ein Ratsbegehren beschlossen. Übrigens die Parteien, die die vergangenen Chancen für eine echte Verkehrslösung immer boykottiert haben (z. B. Deichengsteg, Hölzlspange, Ländenstich etc.), werfen uns nun vor, die Innenstadt mit Schwerlastverkehr belasten zu wollen. Durch deren Ratsbegehren (Bürgerentscheid 1) wird aber kein neuer Straßenraum geschaffen, es beinhaltet allein die rechtliche Verlegung der B2 auf die bereits existierende Trasse am Kloster vorbei. Wir halten dies für einen Schildbürgerstreich, weil man Verkehr sinnvoll lenken muss, da man ihn nicht verhindern kann.

Weitere Argumente für einen **derzeitigen** Verbleib der B2 sind für uns:

Es sind keinerlei **Lärmschutzmaßnahmen** für die Anwohner an der Schöngesinger Straße geplant, falls die B2 verlegt werden sollte.

Es sind keinerlei **Umbaumaßnahmen** an der Kreuzung Rothschaiger/Schöngesinger Straße geplant. Bereits jetzt ist diese Kreuzung für einen abbiegenden Schwer-



lastverkehr nur bedingt geeignet. Gleiches gilt für die Kreuzung Münchnerstraße/Oskar-von-Miller Straße.

Die so oft angesprochene Hoheit die wir in der Hauptstraße bekämen würden wir an unserem kulturellen Herz, dem Kloster, verlieren. Dies macht verkehrslenkende Maßnahmen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen etc. bei Veranstaltungen nahezu unmöglich und gefährdet Besucher der zahlreichen Angebote unseres Veranstaltungsareals.

Die offizielle Umfahrung von Bruck würde um über 6 km länger und an einem Landschaftsschutzgebiet vorbeiführen. Ist das ökologisch und zukunftsweisend?

Zum LKW-Verkehr:

Die Stadt behauptet, dass bei einem Neubau der Amperbrücke keine Tonnagebeschränkung mehr möglich sei und somit der Schwerlastverkehr durch die Stadt rollen würde.

Jedoch ist noch nicht abschließend rechtlich geklärt, ob nicht trotz eines Neubaus eine Längen- oder Gewichtsbeschränkung für die Innenstadt möglich wäre.

Eine Ausnahme muss jedoch für den öffentlichen Busverkehr weiterhin machbar sein, da die künftigen Elektrobusse bis zu 20t wiegen.

Fraglich ist ohnehin wie eine Sanierung mit geplanter Tonnagebegrenzung umgesetzt werden soll, da bereits zwei „sich begegnende“ Elektrobusse bis zu 40t auf die Waage bringen.

Wir meinen: allein schon aufgrund der Kurve am Ende der Hauptstraße (sog. Otto-Müller-Eck) müsste zumindest eine Längenbegrenzung machbar sein!

Einmündung an der B471 (Buchenau): Die bei Umwidmung geplante Ampelanlage an der Einmündung der „neuen“ B2 auf die B471 würde den Verkehrsfluss extrem behindern.

Dies ist unseres Erachtens nicht zukunftsweisend!

Die Stadt müsste zumindest mit dem Bund über eine geeignete Einschleifung verhandeln.

Zu den Kosten: Bei der Berechnung der Werte aller zu tauschenden Straßen und Brücken, stellte sich heraus, dass der Bund der Stadt ca. 2,2 Mio€ als Ausgleich bezahlen müsste.

Dieser Betrag beinhaltet auch die Kosten der dringenden Sanierung der Leonhardibücke, reicht allein für diese jedoch mit Sicherheit nicht aus. Alle relevanten Beträge basieren außerdem NICHT auf wirklichen Kostenberechnungen, sondern auf groben Kostenschätzungen.

Wenn Mehr-Kosten anfallen, dann bleibt darauf die Stadt sitzen!

Einen Neubau der Amper-Brücke hingegen würde der Bund übernehmen, selbst bei einer drastischen Kostenmehrung.

Dieser Neubau wäre auch breiter und damit für Fußgänger und Fahrradfahrer deutlich sicherer. Zudem wären die oben erwähnten Elektrobusse kein Problem.

Das sind unsere wesentlichsten Argumente.

Wir bitten Sie um Ihr „JA“ zum Bürgerbegehren (Bürgerentscheid 2 Verbleib der B2) – damit wir unsere Zukunftschancen wahren.

Auch uns ist klar: Ein Verbleib der B2 auf der Trasse durch die Innenstadt kann nur ein Zwischenstadium sein, aber er verhindert Schlimmeres.











Helfen Sie mit!







Gerne stehen wir für Fragen zur Verfügung: Verbleib.b2@gmail.com oder auf Instagram unter [verbleib_b2](#).

Es grüßen Sie im Namen der Bürgerinitiative

Claus-Peter Bahner
Eugen Sollinger
Christine Kantor

Faktencheck

Gesagt wird...	Fakt ist...
 <p>„Durch die Umwidmung muss die Stadt die marode Amperbrücke für viel (Steuer)Geld denkmalgerecht sanieren und für den Unterhalt aufkommen.“</p>	 <p>Diese Behauptung ist falsch.</p> <p>Fakt ist: Mit der Umwidmung der B2 würde die Straßenbaulast auf die Stadt übergehen. Das bedeutet, die Stadt wäre künftig für den Unterhalt der Brücke zuständig. Gleichzeitig würde das Staatliche Bauamt Freising mit der neuen B2 den Unterhalt für drei Brücken (die Brücke beim Übergang von der Oskar-von-Miller-Straße in die Fürstenfelder Straße, die Brücke vor der Kreuzung Klosterstraße/Fürstenfelder Straße/Am Engelsberg und die Amperseebrücke) und einen insgesamt längeren Straßenabschnitt übernehmen.</p> <p>Da die Amperbrücke jedoch sanierungsbedürftig ist, wenn sie übergeben wird, übernimmt das Staatliche Bauamt Freising die Kosten für die Sanierung – und zwar bis zu dem Betrag, den ein kompletter Neubau kosten würde. Die aktuellen Gutachten zeigen, dass die Sanierung voraussichtlich günstiger ist als ein Neubau, dessen Kosten vom Staatlichen Bauamt Freising und von einem Gutachter auf etwa 3,5 bis 4 Millionen Euro geschätzt werden.</p> <p>Auf den Punkt: Die Sanierung der Amperbrücke stellt keine finanzielle Belastung für die Stadt dar.</p>
 <p>„Die Umwidmung der B2 führt zu einer Verdrängung des Verkehrs in andere Stadtteile sowie zu mehr Verkehr am Veranstaltungsforum.“</p>	 <p>Diese Behauptung ist falsch.</p> <p>Fakt ist: Eine Umwidmung der B2 führt zu keiner Verkehrsverlagerung. Verkehrsprognosen des Staatlichen Bauamts zeigen: Durch die Umwidmung entsteht keine zusätzliche Verkehrsbelastung am Veranstaltungsforum oder ehemaligen Kloster sowie in anderen Stadtteilen. Die Schwerlastverkehr-Trasse verläuft seit Jahrzehnten dort und die Verkehrsströme bleiben unverändert. Im Wesentlichen handelt es sich im innerstädtischen Bereich um Ziel- und Quellverkehr, also Verbindungen zwischen den Stadtteilen und dem reinen innerstädtischen Verkehr. Auch im Westen und in den Wohngebieten rings um die Landsberger und/oder Rothschaiger Straße ist kein höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten, da die Straßenumwidmung nicht automatisch zu mehr Verkehr anderswo führt.</p> <p>Auf den Punkt: Die Umwidmung der B2 führt nicht zu mehr Verkehr am Veranstaltungsforum oder am ehemaligen Kloster sowie in anderen Stadtteilen.</p>
 <p>„Durch die Umwidmung verliert die Stadt die Option, dass sich der Bund an einer dritten Amper-Querung beteiligt.“</p>	 <p>Diese Behauptung ist falsch.</p> <p>Fakt ist: Das Staatliche Bauamt hat den Fraktionen und dem Stadtrat mehrfach zugesichert, dass – unabhängig vom Verlauf der Trasse – die Möglichkeit besteht, bei einer realistischen dritten Amper-Querung jederzeit erneut beantragen zu können, dass die B2 dorthin verlegt wird. Diese Option bleibt also auch nach einer Umwidmung erhalten. Es handelt sich dabei um ein langfristiges Vorhaben, das vermutlich aber erst in mehreren Jahrzehnten realisierbar wäre. Bei einem Verbleib der B2 würde der Schwerlastverkehr noch Jahrzehnte durch die Innenstadt fahren.</p> <p>Auf den Punkt: Die Option auf eine Beteiligung des Bundes an einer dritten Amper-Querung bleibt auch nach der Umwidmung der B2 bestehen.</p>
 <p>„Auch bei einem Brückenneubau ist eine Tonnagebegrenzung möglich. Das hat das Bundesverkehrsministerium signalisiert. Zudem ist der Streckenverlauf ungeeignet für Schwerlastverkehr.“</p>	 <p>Diese Behauptung ist falsch.</p> <p>Fakt ist: Die Verwaltung hat eine umfassende Ausarbeitung erarbeitet, die vom Staatlichen Bauamt Freising und der Polizei bestätigt wurde. Darin ist klargestellt, dass es verkehrsrechtlich nicht möglich ist, nach einem Brückenneubau den LKW-Verkehr durch eine Tonnagebegrenzung aus der Stadt herauszuhalten.</p> <p>Auch die Annahme, dass der LKW-Verkehr dann ohnehin nicht durch die Stadt fahren würde, ist nicht richtig, da die B2 in diesem Fall ohne Beschränkung komplett durch die Innenstadt geführt werden würde. Eine Umleitungsbeschilderung entlang der Oskar-von-Miller-Straße würde entfallen.</p> <p>Eine Längenbeschränkung ist zwar möglich, verhindert jedoch nicht den Schwerverkehr: Auch vergleichsweise kurze LKW können bis zu 40 Tonnen wiegen und die Strecke weiterhin nutzen.</p> <p>Außerdem wäre die Anordnung einer Längenbeschränkung unverhältnismäßig, da diese hauptsächlich Linienbusse betreffen würde. Diese müssten anschließend wieder vom Verbot befreit werden.</p> <p>Auf den Punkt: Bei Brückenneubau ist keine Tonnagebegrenzung möglich – Schwerlastverkehr kann wieder durch die Innenstadt fahren.</p>
 <p>„Mit dem Ratsbegehren will der Stadtrat die Bürgerinnen und Bürger verwirren.“</p>	 <p>Diese Behauptung ist falsch.</p> <p>Fakt ist: Das Ratsbegehren dient der Transparenz. Es stellt die Position der überwiegenden Mehrheit des Stadtrats der Forderung der Bürgerinitiative gegenüber, damit beide Alternativen gleichberechtigt zur Abstimmung stehen. So wird sichergestellt, dass am Ende eine klare, demokratisch legitimierte Entscheidung getroffen wird.</p> <p>Auf den Punkt: Das Ratsbegehren schafft Klarheit – nicht Verwirrung.</p>

Gesagt wird...	Fakt ist...
 <p>„Durch die Umwidmung verbessert sich die Lebensqualität in der Innenstadt automatisch.“</p>	 <p>Diese Behauptung ist falsch.</p> <p>Fakt ist: Allein durch die Umwidmung verbessert sich die Lebensqualität in der Innenstadt nicht automatisch. Die Umwidmung ist jedoch notwendig, sollten die Bürgerinnen und Bürger eine verkehrsberuhigtere Innenstadt in der Zukunft wünschen. Die Planungshoheit der Stadt ermöglicht, dass kein Schwerlastverkehr über 16 Tonnen die Innenstadt passieren kann.</p> <p>Der Stadtrat wird für die zukünftige Innenstadtgestaltung eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit durchführen, u.a. durch einen Bürgerrat. In einem Grundsatzbeschluss des Stadtrats wurde sogar festgelegt, dass die Durchführung einer Bürgerbeteiligung Grundvoraussetzung für die Umsetzung und Durchführung jeglicher, verkehrsbeeinflussender Maßnahmen ist.</p> <p>Auf den Punkt: Die Umwidmung allein führt nicht zu einer verbesserten Lebensqualität.</p>
 <p>„In ein paar Jahren muss die Brücke wieder saniert werden. Ein Neubau wäre nachhaltiger.“</p>	 <p>Diese Behauptung ist falsch.</p> <p>Fakt ist: Die Amperbrücke ist denkmalgeschützt und seit Jahrzehnten für Fahrzeuge über 16 Tonnen gesperrt. Eine Sanierung würde den Bestand erhalten und ist technisch möglich. Das Sanierungskonzept sieht vor, die Fahrbahn so instand zu setzen, dass künftig kein höherer Aufwand für Unterhalt und Pflege entsteht als bei einem Neubau.</p> <p>Auf den Punkt: Eine Sanierung entspricht in ihrem Unterhaltsaufwand einem Neubau.</p>
 <p>„Das Stadtwappen muss bei einem Brückenabriss und Brückenneubau geändert werden.“</p>	 <p>Diese Behauptung ist falsch.</p> <p>Das Stadtwappen ist ein historisches Symbol und nicht an die Amperbrücke gebunden. Es ist ein hoheitliches Symbol der Stadt und wird durch die Gemeindeordnung des jeweiligen Bundeslandes geschützt und definiert (Art. 4 und 5 der Bayerischen Gemeindeordnung). Bauliche Veränderungen – wie Abriss oder Neubau einer Brücke – haben keinerlei Einfluss auf das Wappen.</p> <p>Auf den Punkt: Das Stadtwappen muss nicht geändert werden.</p>



**INFORMIEREN.
VERSTEHEN.
NACHFRAGEN.**

ZUKUNFT DER B2

HINTERGRÜNDE, FAKTEN, ANTWORTEN

Wann **8. Januar 2026**

Was **17.30 Uhr Info-Markt**
19.00 Uhr Diskussion

Wo **Tenne**
Veranstaltungsforum Fürstenfeld

Infos zur B2 und dem Bürgerentscheid unter
www.brucker-stadtgespraeche.de oder über
den QR-Code!



BÜRGERINFORMATION





Zukunft der B2: Stadtrat ebnet Weg für Bürgerentscheid am 18. Januar

Der Brucker Stadtrat hat in seiner November-Sitzung die Zulässigkeit des von einer Bürgerinitiative (BI) initiierten Bürgerbegehrens „Verbleib der B2 – keine Umwidmung städtischer Straßen“ festgestellt. Die BI hat mit 2.084 gültigen Unterschriften das nötige Quorum

von sieben Prozent erreicht. Zudem wurde das von BBV, Grünen, SPD und Die Partei beantragte Ratsbegehren „B2 raus aus der Innenstadt“ mehrheitlich mit 25 zu 15 Stimmen beschlossen. Der Bürgerbescheid wird am 18. Januar durchgeführt.

Zusätzlich hat sich das Gremium für eine Satzungsänderung ausgesprochen, die den Versand von Briefwahlunterlagen ohne vorherigen Antrag zusammen mit der Wahlbenachrichtigung an alle stimmberechtigten Personen ermöglicht. Die Neufassung der ent-

sprechenden Satzung wurde im Dezember dem Stadtrat zur Abstimmung vorgelegt. Es werden zudem fünf Urnenwahllokale im Stadtgebiet verteilt eingerichtet, sodass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit für eine persönliche Stimmabgabe haben.

Foto-Terminal im Rathaus ab sofort nutzbar

Wer seit 1. Mai 2025 ein deutsches Ausweisdokument (Personalausweis, Reisepass etc.) beantragen will, benötigt ein digitales biometrisches Passfoto. Diese gesetzliche Regelung soll Manipulationen verhindern. Entsprechende Bilder können vorab in zertifizierten Fotostudios und Drogeriemärkten aufgenommen werden. Über eine Cloud werden die Aufnahmen dann an die jeweilige Behörde übermittelt. Außerdem stehen in den Bürgerämtern Foto-Terminals zur Verfügung. Im Brucker Rathaus gab es diesen Service bislang jedoch nicht. Denn der Haupt- und Finanzausschuss (HFA) hatte beschlossen, die Entwicklung bis

Ende 2025 abzuwarten und dann erneut zu entscheiden. Jetzt liegen erste Erfahrungswerte vor. Zudem haben sich die gesetzlichen Vorgaben geändert. Daher stand das Thema erneut im HFA auf der Tagesordnung.

Um ein Meinungsbild aus der Bevölkerung zu erhalten, hatte das Bürgerbüro Unterschriftenlisten ausgelegt, in die man sich im Rahmen einer Ausweisbeantragung eintragen konnte. Im Ergebnis haben rund 30 Prozent der Bürgerinnen und Bürger gewünscht, dass die Stadt im Rathaus die Möglichkeit zur Lichtbilderstellung anbietet.

Ferner gibt es inzwischen neue Rahmenbedingungen. Demnach

muss die Gebühr in Höhe von sechs Euro nicht mehr an die Bundesdruckerei durchgereicht werden, sondern kann bei den Behörden vor Ort als Einnahme verbleiben. Weil die Stadt diesen Service bislang nicht angeboten hat, sind ihr laut Sitzungsvorlage von April bis einschließlich Oktober rund 4.700 Euro entgangen. „Man könnte auch sagen, mit dieser Summe werden die Anbieter digitaler Lichtbilder, einschließlich dm-Märkte, subventioniert“, so der Leiter des Bürgerbüros.

Seit Mai verfügt die Stadt über ein PointID-Gerät der Bundesdruckerei. Dieses wurde jedoch nur in Ausnahmefällen, etwa bei

mangelhafter Qualität eines über die Cloud abgerufenen Lichtbilds genutzt. Offen sei, ob alle Personen mit dem Automaten zu recht kommen würden. Kinder unter sechs Jahren sollten ohnehin in Fotostudios und Drogeriemärkten fotografiert werden, so die bisherige Empfehlung. Grundsätzlich wären auch Systeme, bei denen die Aufnahmen durch die Sachbearbeiter im Brucker Bürgerbüro erfolgen, denkbar.

Die Mitglieder des Ausschusses haben sich ohne Diskussion mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass das vorhandene Foto-Terminal den Bürgerinnen und Bürgern ab sofort zur Verfügung stehen soll.

Arbeitskreis wird Zukunft von Eisstadion/AmperOase beleuchten

Das Thema „AmperOase/Eishalle“ wurde in den vergangenen Jahren mehrfach im Stadtrat diskutiert. Es wurden bereits diverse Gutachten sowohl zur Sanierung als auch zum Neubau des Eisstadions und des Bads erstellt. Darauf aufbauend soll sich nun ein interfraktioneller Arbeitskreis (AK) mit der zukünftigen Entwicklung des Eis- und Schwimmsports befassen, die baulichen und finanziellen Möglichkeiten einer Neuerrichtung sowie Handlungsempfehlungen für den Stadtrat erarbeiten. Das neue Gremium soll jedoch erst nach der Kommunalwahl eingesetzt werden. Dafür hat der Sportausschuss Ende November grünes Licht gegeben. Dem AK sollen neben dem Oberbürgermeister und Vertretern der Parteien auch der Vorsitzende des Sportbeirats, Funktionäre der einschlägigen Sportvereine, Verant-

wortliche der Brucker Stadtwerke und Verwaltungsmitarbeiter angehören.

Zuletzt war aufgrund der Kostenexplosion 2023 ein Planungsstopp für die Projektentwicklung der AmperOase und des Eisstadions samt Technik- und Umkleieriegel beschlossen worden. Im Rahmen eines Neustarts sollten alternative Standorte und eine mögliche Verwertung des bisherigen Areals eruiert werden. Inzwischen sind bei der Stadt zwei Anträge zur Wiederbelebung dieses Vorhabens eingegangen.

So hat die SPD-Fraktion im August 2024 gefordert, den AK wieder zu aktivieren. Stadtwerke und Stadtrat sollten gemeinsam die Planung wieder aufnehmen. Dabei sollte über eine Machbarkeitsstudie eines Systemanbieters nochmals nachgedacht werden, hieß es in dem

Antrag. Zudem solle ein grober Terminplan erstellt werden. Ein Jahr später schob die BBV ebenfalls einen Antrag zur Wiedereinsetzung eines AK „Schwimm- und Eissport“ nach. Dieser soll einen möglichen Standort sowie Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten ausloten.

OB Christian Götz (BBV) betonte, dass das Thema in der Verwaltung nach wie vor präsent gewesen sei. Ihm wäre es daher lieber gewesen, dies erst intern aufzuarbeiten und dann in einen AK zu gehen. Zumal das bisherige Tun des Gremiums im Sand verlaufen sei. Daher sollte diesmal ein Arbeitsauftrag mit klaren Zielen und Spielregeln vorgegeben werden. Unabhängig davon werde die zuständige Fachabteilung nicht mit leeren Händen in den AK reingehen, so Götz. „Das wird ein dickes Brett, das wird da bohren“, sagte er. Und das Paket,

das erarbeitet wird, sollte dann einstimmig verabschiedet werden. Wer baue und betreibe, werde sich zeigen.

Der Ball liege gerade bei den Stadtwerken, betonte Quirin Droth (FW). Neben dem Zeitpunkt für die Einrichtung des AKs hinterfragte er die Anzahl der Mitglieder. Er hielt das Gremium für zu groß. Sportreferent Martin Kellerer (CSU) trat für einen Start erst nach der Kommunalwahl ein. Droth sah dies ähnlich. Walter Schwarz (SPD) schlug vor, das Thema nicht auf die AmperOase/Eisstadion zu beschränken. Auch sollte man gleich starten. Es gehe nicht um eine Sportstättenkonzept, stellte OB Götz klar. „Der Weg ist richtig“, bekräftigte Willi Dräxler (BBV). Das Gremium sprach sich schließlich mehrheitlich für einen Start nach der Wahl aus.

Abwassergebühren steigen

Seit 2013 sind die Abwassergebühren in Fürstenfeldbruck unverändert. Jetzt wurde eine Erhöhung unvermeidbar. Wer nur Schmutzwasser ins Kanalnetz einleitet, zahlte zuletzt 1,50 Euro pro Kubikmeter. Künftig werden hierfür 2,33 Euro fällig. Für Schmutz- und Regenwasser kostete der Kubikmeter 1,65 Euro. Die Gebühr für diese Variante wird ab 2026 auf 2,97 Euro festgesetzt. Die Direkt-einleitung von Fäkalien in die Kläranlage steigt von 17 Euro (seit 2016) auf 25 Euro pro Kubikmeter. Das hat die Neukalkulation der Gebührensätze durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) ergeben. Diese wurde im November im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) vorgestellt. „Wir kommen nicht aus“,

betonte OB Christian Götz (BBV). Die Stadt ist als Betreiberin einer öffentlichen Entwässerungseinrichtung gesetzlich verpflichtet, die für deren Betrieb anfallenden Kosten durch die Erhebung von Benutzungsgebühren zu decken. Gemäß dem bayerischen Kommunalabgabengesetz darf die Stadt dabei weder Gewinn noch Verlust machen. Eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung sind daher unerlässlich. Die Nachkalkulation der vergangenen vier Jahre und darauf aufbauend eine Vorkalkulation für den neuen vierjährigen Bemessungszeitraum erfolgte durch den BKPV anhand umfangreichen Datenmaterials. Darunter fallen beispielsweise Personal-, Sach- und Unterhaltsaufwendungen.

Kostentreiber seien die umfangreichen geplanten Investitionen zur Sanierung, Modernisierung und Erweiterung der Entwässerungseinrichtung. So seien erhebliche Mittel vorgesehen etwa für die Kanalbefahrung- und -sanierung, die Ersatzbeschaffung von Blockheizkraftwerken und einer Zentrifuge sowie den Neubau einer Lagerhalle. Fazit der im HFA anwesenden Prüferin: Daher sei eine Gebührenanpassung notwendig.

Die Verwaltung wurde einstimmig beauftragt, auf Grundlage der vorgelegten Kalkulation eine Änderung der Satzung auszuarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die neuen Tarife sollen ab Januar 2026 gelten. Bei einem durch-

schnittlichen Haushalt wird die Gebühr pro Jahr dann bei Schmutzwassereinleitung um knapp 78 Euro, bei Mischwassereinleitung um etwa 124 Euro steigen. Aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen rät die Verwaltung daher allen, Versickerungsmöglichkeiten auf dem eigenen Grund zu prüfen. Den „Praxisratgeber für den Grundstückseigentümer – Regenwasserversickerung“ gibt es beim Bauamt. Christian Stangl (Grüne) hatte Sorge, dass sich ein trockener Sommer dann auf den Zustand der Rohre auswirken könnte, wenn eine entsprechende Durchspülung fehle. Kämmerer Marcus Eckert sah hier aber keine Probleme. Das letzte Wort hat nun der Stadtrat.

Sonderzuschuss in Aussicht gestellt

Das Caritas-Zentrum Fürstenfeldbruck betreibt im Stadtgebiet das Kinderhaus Sternenhimmel und den Kindergarten Himmelszelt mit insgesamt 95 Kindergarten- und 22 Krippenplätzen. Für den Betrieb wurden entsprechende Verträge zwischen der Stadt und dem Caritas-Zentrum abgeschlossen. Der Träger erhält einen Zuschuss. In den vergangenen Jahren seien die administrativen Aufgaben und Herausforderungen in den Kindertagesstätten jedoch immer mehr und vielfältiger geworden, so dass die Einrichtungen dies nicht mehr alleine bewältigen können. Zwar springe laut Stadtverwaltung hier der Freistaat Bayern ein, wenn das pädagogische Personal durch zusätzliche Verwaltungskräfte entlastet wird. Die Kosten werden jedoch nicht vollständig übernommen. Und die Förderung gäbe es nur für Personal, das nach 2020 zusätzlich eingestellt worden sei.

Laut Caritas-Zentrum reicht die mit der Stadt vereinbarte Gemeinkosten-Pauschale in Höhe von sechs Prozent nicht mehr

aus, um Personal-, Sach- und Mietkosten zu decken. Man stehe daher unter Druck, die Defizite möglichst auszugleichen, so das Caritas-Zentrum. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass die Trägerschaft für die beiden Einrichtungen abgegeben werden müsste. Daher hat der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport beschlossen, beide Kitas im Abrechnungsjahr 2025 zu unterstützen, sollte ein Defizit ausgewiesen werden. In diesem Fall würde man die Pauschale für die Gemeinkosten um zwei Prozent auf acht Prozent erhöhen. Zudem könnten dann auch die Personalkosten für je eine Verwaltungskraft pro Einrichtung mit jeweils fünf Arbeitsstunden pro Woche in die Defizitabrechnung aufgenommen werden. Genannt wurde ein Betrag von rund 46.000 Euro.

Für das Jahr 2026 wird mit einer Reform der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen durch den Freistaat Bayern gerechnet. Dann will man alle Verträge mit den freien Trägern auf den Prüfstand stellen und überarbeiten, so die Verwaltung.

Stadt bewirbt sich für Sportstätten-Bundesprogramm

Die SPD-Fraktion hatte im Oktober 2025 beantragt, dass sich die Stadt für das neue Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ bewerben könnte. Dieses soll beim Abbau bestehender Sanierungsstaus in Gemeinden und Städten helfen. Im Blick hatten die Brucker Genossen dabei das Projekt Eishalle/AmperOase. Die Verwaltung könnte aber auch weitere geeignete Sportstätten ermitteln, so die Idee. Der Zuschuss liegt bei 45 Prozent der förderfähigen Kosten. Den Rest müssen die Kommunen selbst übernehmen. Die Bagatellgrenze beträgt 250.000 Euro, die maximale Summe acht Millionen Euro. Ersatzneubauten oder bauliche Erweiterungen sind laut Sitzungsvorlage in Ausnahmefällen förderfähig.

Bis Mitte Januar 2026 müssten entsprechende Projektskizzen eingereicht werden. Für das Vorhaben Eishalle/AmperOase zu knapp – zumal ein Arbeitskreis noch offene Fragen bearbeiten soll und eine Gegenfinanzierung durch die Stadt angesichts der aktuellen Haushaltslage ungewiss erscheint. Das städtische Immobilienmanagement hat daher andere Sportstätten ins Spiel gebracht. Möglich

wäre demnach sowohl die energetische und technische Sanierung der städtischen Doppelturnhalle am Theresianumweg als auch die Umwandlung von drei bestehenden Rasenplätzen der Fußballvereine BVTA, SV Puch und FC Aich in Kunstrasenplätze. Ein Gedanke, der auch Sportreferent Martin Kellerer (CSU) gefiel.

OB Christian Götz (BBV) hatte Bedenken, weil Kunstrasen als eine der größten Quellen für Mikroplastik gilt, da sich das Granulat durch Abrieb abnutzt und in die Umwelt gelangt. Ein Kunstrasen sei wie eine Schneekanone für Skifahrer, schob Elisabeth Lang (BBV) nach. Theresa Hannig (Grüne) merkte an, dass die EU den Verkauf von solchen Produkten ab 2031 ohnehin verboten habe. Es gäbe inzwischen plastikfreie Alternativen, so der Hinweis von Katrin Siegler (CSU). Willi Dräxler (BBV) erinnerte daran, dass eigentlich auch der Kunstrasenplatz vom TSV West von anderen Vereinen mitgenutzt werden könnte.

Das Gremium einigte sich schließlich darauf, dass sich die Stadt nicht nur mit der Sanierung der Doppelturnhalle, sondern auch mit einem Kunstrasenplatz für den FC Aich bewerben soll.

Mehrheit des Stadtrats gegen Gewerbe am Rothschaiger Wald

Die Kiesgrubenrekultivierung Oberbayern (KRO) plant auf ihrem Areal am Rand des Rothschaiger Forstes eine Anlage zur Aufbereitung und Wiederverwertung von Baustoffen. Deren Betrieb soll unbefristet sein. Dafür hat das Unternehmen einen formellen Antrag gestellt. Unterstützung erhielt das Vorhaben durch die CSU und die Freien Wähler, die das Aufstellen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans wollten. Der zuständige Ausschuss hatte das Projekt allerdings zunächst abgelehnt. Daraufhin bemühte sich Oberbürgermeister Christian Götz (BBV) in längeren Gesprächen mit der KRO, eine mehrheitsfähige Kompromisslösung zu finden. Im Stadtrat berichtete er von intensiven Verhandlungen, bei denen man versucht habe, die Interessen beider Seiten in Einklang zu bringen. Der Vorschlag der Stadt sah vor, die Genehmigung für das „grüne Baustoffzentrum“ auf vier Jahrzehnte zu begrenzen. Da somit die vorgesehene Aufforstung auf dem Gelände ausfallen würde, wollte die Stadt dies durch den Erwerb des als Naherholungsraum bedeutsamen Pucher Meers II ausgleichen, das sich ebenfalls im Eigentum des Kiesabbauunternehmens befindet. Laut dem von der Stadt beauftragten Rechtsanwalt ließ sich die KRO jedoch nicht auf eine zeitliche Begrenzung der Nutzung ein, andernfalls sieht das Unternehmen sämtliche Gespräche als beendet an – auch jene über das mögliche Kaufgeschäft zum Pucher Meer II. Der letzte Vorschlag der Stadt sei laut Götz leider unbeantwortet geblieben.

Parallel dazu hat die KRO beim zuständigen Landratsamt be-

antrag, das Gebiet des Pucher Meer II verfüllen zu dürfen. Die Chancen dafür seien allerdings gering, so der Rechtsanwalt der Stadt, da der bestehende Bebauungsplan eindeutig eine Rekultivierung vorsieht.

Die Haltung und die Vorgehensweise des Unternehmens sorgten im Stadtrat für deutliche Verärgerung. Philipp Heimerl (SPD) kritisierte, der vorgelegte Letter of Intent wirke eher wie eine einseitige Kapitulationserklärung als wie eine partnerschaftliche Vereinbarung. Auch sein Fraktionskollege Walter Schwarz fand deutliche Worte: Das Pucher Meer II diene als Druckmittel für wirtschaftliche Interessen. Zudem gebe es seitens der KRO bereits Verzögerungen bei der Wiederaufforstung des Geländes an der Kieswerkstraße am Rothschaiger Forst, ergänzte Thomas Brückner (Grüne). Er verwies außerdem auf die täglichen 40 bis 50 LKW-Fahrten, mit Leerfahrten seien es sogar mehr. Von dem gigantischen Werk gehe das Weiteren mit 110 Dezibel ein Lärm aus, der Auswirkungen bis zu den Wohngebieten und auf die Naherholung im Wald habe. Jan Halbauer (Grüne) lehnte das Projekt entschieden ab. Insgesamt rund 20 Hektar Industriefläche mitten im Wald – inklusive Maschinenhalle und Bürogebäuden – seien nicht akzeptabel. Wer zustimme, müsse sich bewusst sein, dass hier anstelle eines zugesagten Waldes ein Industriekomplex im Teil eines übergeordneten Grünzugs, Erholungsraums und der Frischluftschneise für die Stadt entstehe.

Georg Stockinger (FW), verwies auf gesetzliche Bestrebungen, Bodenrecyclinganlagen künftig im



Außenbereich zu privilegieren, da Gemeinden sie ungern in ihren Industriegebieten ansiedeln. Im Fall einer solchen Regelung läge die Entscheidung beim Landratsamt und nicht mehr bei der Stadt. Der Rechtsanwalt widersprach jedoch und sah zudem derzeit keine gesetzliche Grundlage dafür.

Andreas Lohde (FBM) befand die Bodenwaschanlage an diesem Ort für sinnvoll. Einen gewachsenen Mischwald würden die Mitglieder des Stadtrats auch bei Befristung nicht mehr erleben. Ein Mittelweg könnte aber sein, dass es zunächst eine befristete Genehmigung der Recyclinganlage gibt, eine spätere Entfristung könne erfolgen, wenn die KRO den Abbau am Pucher Meer II aufgebe. Der Vorschlag fand jedoch keine Mehrheit: Mit 25 zu 15 Stimmen wurde er abgelehnt, ebenso wie die beantragte unbefristete Genehmigung für das Vorhaben an der Kieswerkstraße.

Götz meinte zum Thema künftiger Wald, dass zumindest seine Kinder und Enkelkinder an der Stelle wieder einen Wald stehen sehen sollen. Nachdem auch Markus Droth (FW) für das Vorhaben der KRO plädierte, da dieses für die Stadt und die Bürger vorteilhaft

sei, wunderte sich der Stadtschef darüber, dass ausgerechnet die Fraktionen, die bei einer Verlegung der B2 für den Brucker Westen ein Verkehrschaos mit Horrorszenarien entwerfen, genau an dieser Stelle des Naherholungsgebiets keine Skrupel gegenüber ein paar tausend Bewohnern hätten.

Zum Schluss beantragte Halbauer eine ergebnisoffene Prüfung alternativer Standorte für die Bodenwaschanlage. CSU-Stadtrat Markus Britzelmayr warnte, die KRO könnte die Stadt ganz verlassen – damit gingen Gewerbesteuererinnahmen und das geplante ökologische Baustoffzentrum verloren. Wer gegen die Pläne der KRO stimme, stimme auch gegen das Pucher Meer II. „Wenn das so ist und die KRO das Pucher Meer II als Pfand gegen die Stadt einsetzt, dann ist das Erpressung – und wir lassen uns nicht erpressen“, bekräftigte Theresa Hannig (Grüne).

Der Stadtrat stimmte mit 22 zu 18 Stimmen für die Beauftragung einer alternativen Standortanalyse und lehnte mehrheitlich die von KRO beantragte Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans ab.

Sanierungskonzept Längsbau Rathaus beschlossen

Die Verwaltung hat das aktuelle Konzept für die energetische Sanierung des sogenannten Längsbaus, der das Hauptgebäude an der Hauptstraße mit dem Rückgebäude verbindet, im vorberatenden Planungs- und Bauausschuss sowie dem Stadtrat vorgelegt. Neu war, dass nun auch

die Büroräume im Erdgeschoss und ersten Stock mit saniert werden sollen. Dort wurde zuletzt eine Asbestbelastung in den Böden festgestellt. Diese hat zwar keine gesundheitlichen Auswirkungen, solange kein Eingriff in die Substanz erfolgt. Da jedoch die Bodenbeläge aufgrund ihres

Zustands in absehbarer Zeit auszutauschen wären, könnten so größtmögliche Synergieeffekte erzielt sowie ein einheitlicher baulicher Zustand erreicht werden. Durch die gemeinsame Durchführung beider Maßnahmen könne eine wirtschaftlich sinnvolle Gesamtumsetzung gewähr-

leistet werden und es würden künftig aufwendige sowie zeit- und kostenintensive Einzelmaßnahmen vermieden, so die Begründung der Fachstellen des Rathauses. Die zusätzlichen Kosten betragen 150.000 Euro. Beide politischen Gremien stimmten dem neuen Konzept zu.

Veranstaltungsforum Fürstenfeld: Investitionen sorgen für Wirbel

Der Wirtschaftsplan 2026 des Veranstaltungsforums Fürstenfeld (VF) weist ein Defizit von 2,1 Millionen Euro aus. Darin enthalten sind Investitionen in Höhe von 550.000 Euro. Mit dem Geld sollen unter anderem neue Stühle sowohl für den Stadtsaal als auch den Säulensaal angeschafft werden. Eigentlich ist das Defizit aber auf 1,6 Millionen Euro gedeckelt. Und auch für 2027 wird ein Fehlbetrag prognostiziert – in Höhe von 1,8 Millionen Euro. Die Investitionen werden hier mit 200.000 Euro beziffert.

Wie das Problem für 2026 gelöst werden könnte, darüber diskutierten kürzlich die Mitglieder des Kul-

tur- und Werkausschusses. VF-Leiter Norbert Leinweber betonte mit Blick auf das 25-jährige Jubiläum, dass nach 24 intensiven Nutzungsjahren der Austausch der Bestuhlung erforderlich sei. „Das bisherige Mobiliar wurde mittlerweile von hochgerechnet mehr als 2,5 Millionen Besuchern genutzt“, heißt es in der schriftlichen Begründung. Die Erneuerung sei keine Luxusmaßnahme, sondern eine notwendige Investition in die Zukunftsfähigkeit des VF. Eine zeitgemäße, funktionale und repräsentative Bestuhlung stärke die Wettbewerbsfähigkeit, das Image und die Wirtschaftlichkeit des städtischen Kultur- und Tagungszentrums.

Auch führte Leinweber an, dass die Finanzlage der Stadt aktuell besser als befürchtet sei. Finanzreferent Klaus Wollenberg (FDP) wunderte sich, dass der Wirtschaftsplan das erste Mal ohne Abstimmung mit der Kämmererei erstellt worden sei. „Das geht einfach nicht“, sagte er. Die Ausgaben seien im Finanzhaushalt der Stadt gar nicht eingeplant. Möglicherweise könne durch diese Summe sogar eine Genehmigung des städtischen Haushalts durch die Kommunalaufsicht nötig werden, so sein Hinweis. Er sei schon mit Kämmerer Marcus Eckert in Kontakt gestanden, entgegnete Leinweber.

Ulrike Quinten (BBV) regte an, die Ausgabe für die Stühle zu splitten und erst einmal nur den Stadtsaal mit 950 Sitzmöbeln neu auszustatten. Peter Glockzin (FW) schlug vor, wie vor 24 Jahren Stuhlsperder zu suchen. Davon hielt Leinweber nichts. Dies könne eventuell zur Refinanzierung beitragen, meinte Sitzungsleiterin und Dritte Bürgermeisterin Birgitta Klemenz (FBM). Christian Stangl (Grüne) forderte, bis zur Beschlussfassung im Stadtrat eine entsprechende Lösung zu finden und die Zahlen in den städtischen Etat einzuarbeiten. Dem schloss sich die Mehrheit des Ausschusses an.

Digitale Präsenz ausgebaut

Das Veranstaltungsforum Fürstenfeld (VF) setzt immer mehr auf digitale Präsenz. Dieser Bereich gewinnt immer größere Bedeutung, sagte VF-Chef Norbert Leinweber im Kulturausschuss. Inzwischen bestehen neben der zentralen Internetseite www.fuerstenfeld.de für die sechs Abonnementreihen sowie wichtige Eigenveranstaltungen wie etwa den Töpfer- und Kunsthandwerkermarkt, die Kirta, den Advent in Fürstenfeld

oder das Fürstival eigene Webseiten. Außerdem verfüge das VF sowohl über einen Wikipedia-Eintrag als auch einen eigenen YouTube-Kanal. Die dort eingestellten Videos wurden mehr als 685.000 mal aufgerufen. „Die Messe München erreichte bislang 407.000 Aufrufe“, führte Leinweber aus.

Bei den Google-Bewertungsergebnissen liege das VF derzeit sowohl quantitativ (1.964 Beurteilungen)

als auch qualitativ (Note 4,6 von maximal fünf Sternen) deutlich vor vergleichbaren Einrichtungen in der Region. Als Beispiele nannte er unter anderem die Stadthalle Germering mit 1.100 Aufrufen und 4,4 Sternen oder die Stadthalle Erding (876 / 4,3). Hinzu kämen außerdem die Bewertungen des Accounts „Kloster Fürstenfeld“ (3.260 / 4,7), dessen Einträge sich immer wieder auch auf Aktivitäten des Eigen-

betriebs beziehen.

Auf Instagram folgen dem VF momentan 5.485 Personen (Stadthalle Germering 1.056, Stadthalle Erding 1.832).

360°-Ansichten verschiedener Räume komplettieren das digitale Angebot des Veranstaltungszentrums. Mit diesem Tool können sich gewerbliche Nutzer, aber auch Besuchende ein gutes Bild von den Gegebenheiten vor Ort machen.

Parkplatz am Waldfriedhof wird umgestaltet

Der Waldfriedhof-Parkplatz an der Landsberger Straße wird umgestaltet. Die Projektentwicklung ist abgeschlossen und wurde im Haupt- und Finanzausschuss präsentiert. Derzeit befinden sich dort 52 Stellplätze. Geplant ist, die Fläche durch eine neue Markierung zu strukturieren. Bisher wurden die Fahrzeuge willkürlich abgestellt, was zu Behinderungen führte. Zudem wird der Bereich, in dem derzeit die Hütten für die Feste der Stadt stehen, teils dem Parkplatz zugeschlagen. Die Buden werden im Klosterareal in der ehemaligen Reithalle gelagert. Um die vorhandenen Bäume zu stärken, soll dieser Teil entsiegelt und als Grünfläche gestaltet werden. Das Befahren soll durch sogenannte Überfahrhölzer verhindert werden. Auch sind weitere Bäume vorgesehen. Zudem werden

die Abstellplätze für Fahrräder und die Transportwägel erneuert. Für die Gesamtgestaltung wurden zwei Varianten vorgelegt: Entweder wird der bestehende Asphaltbelag nur ausgebessert und die zusätzlichen Stellplätze werden mit Rasenfugensteinen ausgeführt. Diese Lösung kostet brutto rund 156.000 Euro. Oder es werden alle Stellflächen entsiegelt und mit Rasenfugensteinen gepflastert. Diese Alternative kommt auf etwa 286.000 Euro.

Der Kleine Wertstoffhof im Südwesten des Parkplatzes wird verlegt und durch den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises neu erstellt. Dieser hatte immer wieder für Probleme gesorgt. Dort wurde unzulässiger Müll abgelagert, Bereiche außerhalb der Container waren vermüllt und es gab Rattenbefall.

Auch eine provisorische Verlagerung des Kleinen Wertstoffhofes in den Süden, direkt an den Friedhofsbereich angrenzend, brachte keine Besserung. Philipp Heimerl (SPD) sprach von einem Ärgernis. Außerdem regte er an, die Ausfahrt auf die Landsberger Straße übersichtlicher zu gestalten. Georg Stockinger

(FW) fragte, ob bei der Variante 2 mit Entsiegelung dann ein Bodengutachten beauftragt wird. Markus Droth (FW) und OB Christian Götz (BBV) gefiel die günstigere Lösung. Dem schloss sich das Gremium mit neun zu sechs Stimmen an. Umgesetzt wird das Vorhaben vom städtischen Tiefbau.



Der Friedhof-Parkplatz an der Landsberger Straße wird umgestaltet.

Diskussion um neue Stellen und höhere Dotierung

Im Stellenplan 2026 der Verwaltung haben sich einige Änderungen ergeben. Daher musste er im Rahmen einer Nachtrags-Haushaltssatzung zum laufenden Doppelhaushalt beschlossen werden. Der Stadtrat hat in seiner November-Sitzung hierfür mehrheitlich grünes Licht gegeben.

Im vorberatenden Haupt- und Finanzausschuss (HFA) wurden drei Stellen thematisiert. Eine intensivere Diskussion entbrannte sich rund um die Archivarenstelle, die durch Eintritt des bisherigen Archivars in den Ruhestand neu auszuschreiben ist. Im Juli war einstimmig beschlossen worden, sie wieder in Entgeltgruppe E 11, dies entspricht einer gehobenen Sachbearbeitung, einzugruppieren. Nun haben Birgitta Klemenz (FBM) und Christian Stangl (Grüne) beantragt, sie als wissenschaftliche Tätigkeit in E 13 einzustufen. Zudem solle einer Registraturkraft eingestellt werden. Die Höherdotierung wurde in Frage gestellt. So wollte Georg Jakobs (CSU) wissen, ob die Stadt einen Archivar braucht, der wissenschaftlich arbeitet. Karin Geißler (BBV) war der Ansicht, dass das Schreiben wissenschaftlicher Bücher zur Stadtgeschichte lang-

sam beendet sein müsste. Hierdurch seien die normalen Tätigkeiten eines Archivars nicht so zum Zuge gekommen, für die E 11 völlig ausreichend sei. Dies entspreche auch der Vergütung in vergleichbaren Städten. Sie sprach sich auch gegen die Schaffung der neuen Registraturenstelle aus. Sollte nach einer gewissen Zeit der Bearbeitungsstau weiterhin vorhanden sein, könne man über einen Volontär, eine Projektstelle oder einen Mini-Job nachdenken. Mit sieben zu fünf Stimmen lehnte der Ausschuss den Antrag letztlich ab. Das Thema wurde im nachfolgenden Kultur- und Werkausschuss nichtöffentlich ebenfalls beraten, der Antrag von Klemenz und Stangl mit sieben zu sieben Stimmen abgelehnt.

Dass es dann auch noch einmal in der Stadtratssitzung auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ärgerte Klaus Wollenberg (FDP). Fürstenfeldbruck sei eine Stadt „mit normalem Archivanfall“ und daher nicht mit Städten wie Freising vergleichbar. Die neue Archivleitung solle ihre eigentliche Arbeit machen, die beim derzeitigen Amtsinhaber liegengeblieben sei, ohne in höheren Sphären zu schweben“. Dies sahen die Antragsteller an-

ders. Die Notwendigkeit einer Registraturstelle hätten die Amtsleiter der Verwaltung bestätigt. Man würde durch weniger Suchen von alten Unterlagen Arbeitszeit sparen. Wissenschaftliche Arbeit mit Niveau sei gerade in den Zeiten von Digitalisierung und Fake News wichtig und würde zudem zu mehr Bildung beitragen. Dies unterstrich auch Theresa Hannig (Grüne). Eine verlässliche Quellenlage sei für die Stadt sicherzustellen und zu dokumentieren. OB Christian Götz (BBV) fand, dass die vorgeschlagene Eingruppierung adäquat sei. Für Sonderaufgaben könne man zeitlich begrenzt Zulagen zahlen. Die Stelle für die Registratur befürwortete er grundsätzlich. Es sei aber sinnvoll sich mit der neuen Leitung des Archivs über den Bedarf und die Anforderungen abzustimmen. Mit 17 zu 23 Stimmen wurden die Anträge letztlich abgelehnt.

Stellen mit Sperrvermerk

Zudem gab es zuletzt durch Elternzeit und Sonderurlaub einen Personalengpass im Bereich der Landschaftsplanung, sodass beide Vollzeitstellen nicht besetzt waren. OB Christian Götz (BBV) hatte daher die Schaffung einer

weiteren Stelle angeregt. Da die eine Mitarbeiterin wieder da ist, die andere mit 20 Wochenstunden ab Januar aus der Elternzeit zurückkommen wird, kann für den Fall, dass letztere nicht zeitnah wieder Vollzeit arbeiten will, über eine neue halbe Stelle nachgedacht werden.

Schließlich war noch die Brucker Kulturnacht Thema. Federführend wurde sie in der Vergangenheit vom Museum und der Bibliothek organisiert. Laut Personalchef Michael Wagner sei dies neben den eigentlichen Aufgaben künftig nicht mehr möglich. Auch der Bereich „Veranstaltungen“ sei ausgelastet. Laut Plan sollte daher eine Kraft von März bis Juli angestellt werden. Dazu konnte sich der Finanz-Ausschuss nicht durchringen. Es wurde gefragt, was in welchem Umfang zu machen sei. Andreas Lohde (FBM) brachte zudem das Veranstaltungsforum ins Spiel, das sich vor einigen Jahren aus der Kulturnacht zurückgezogen hatte. Es sei in unmittelbarer Nähe und könnte seinen Beitrag leisten, meinte er.

Letztlich wurden die Stellen zunächst einmal mit einem Sperrvermerk versehen, solange bis die Fragen geklärt sind.

Im Alter gut leben in Bruck

Das „Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Fürstenfeldbruck“ wurde seit 2023 fortgeschrieben und heuer vom Kreistag verabschiedet. Mit dem Werk

rüstet sich der Landkreis für die Herausforderungen des demografischen Wandels. Ziel ist es, dass die ältere Bevölkerung gut versorgt und ein selbstbestimmtes Leben

möglich ist. An dem Konzept haben auch die Stadtverwaltung, seniorenrelevante Einrichtungen im Stadtgebiet, Fachstellen und Ehrenamtliche wie etwa der Brucker Seniorenbeirat mitgewirkt. Dies berichtete Doreen Höttl von der Stabsstelle Soziale Angelegenheiten in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport.

Mit der Fortschreibung wurden für 13 Handlungsfelder, die von Wohnen zu Hause über Altersarmut bis hin zu Betreuung und Pflege reichen, Maßnahmenempfehlungen erstellt. Auch die Themen Demenz, Einsamkeit, Vernetzungsmöglichkeiten und Digitalisierung gehören dazu. Die Vorschläge wurden auf Grund von Datenerhebungen, unter

anderem einer Bürgerbefragung von Personen ab 65 Jahren, einer Pflegebedarfsplanung, einem Expertenworkshop sowie einer Kommunalbefragung, erstellt.

Höttl führte aus, dass sich der Seniorenbeirat der Stadt seit Oktober dieses Jahres intensiv mit dem Maßnahmenplan befasst und Ideen für die Umsetzung erarbeitet habe. Die Ergebnisse sollen im kommenden Jahr im Ausschuss präsentiert werden. Gemeindeübergreifende Aspekte werden in die Sitzungen des Landkreis-Seniorenbeirats eingebracht, so Höttl.

Das Gesamtkonzept ist auf der Webseite des Landratsamtes unter www.lra-ffb.de/gesundheit-soziales-asyl/senioren/seniorenpolitisches-gesamtkonzept abrufbar.



Der Seniorenbeirat der Stadt hat an dem „Seniorenpolitischen Gesamtkonzept für den Landkreis Fürstenfeldbruck“ mitgewirkt.

Genehmigungsfreien Haushaltsentwurf vorgelegt

Die Beratungen für den Doppelhaushalt 2026/2027 im Finanzausschuss sind abgeschlossen. Aus den Vorjahren verfügt die Stadt noch über genehmigte Kreditermächtigungen von rund 14,75 Millionen Euro. Zusammen mit der sich aufgrund der aktuell erfreulichen Lage gut entwickelnden Liquidität sollte sich der Finanzmittelbedarf in den beiden Haushaltsjahren ohne zusätzliche Kredite darstellen lassen, gab sich Kämmerer Marcus Eckert optimistisch. Der Doppelhaushalt wäre damit tatsächlich genehmigungsfrei, betonte er im Finanzausschuss.

OB Christian Götz (BBV) freute sich über die positive Entwicklung auf der Einnahmenseite. Nun könnten Projekte, die schon viele Jahre anstehen, leichter angegangen werden. „Wir sollten auf dem Boden bleiben“, betonte jedoch Finanzreferent Klaus Wollenberg (FDP). Zumal die Investitionsausgaben deutlich steigen werden. Er erinnerte beispielsweise an den Neu-

bau von Kindergarten und Jugendzentrum Nord mit 34 Millionen Euro. Und Projekte wie etwa die Verlagerung des Bauhofs und die Sanierung des Alten Schlachthofs sollten vorangetrieben werden. Man sollte sich auf wichtige Aufgaben für das Gemeinwesen konzentrieren.

Wünsche gab es trotzdem. Walter Schwarz (SPD) brachte einen Änderungsantrag zur Jugendförderung im Sport ein. Er forderte, den Ansatz von 90.000 auf 153.000 Euro vorsorglich zu erhöhen. Er argumentiert damit, dass die Zahl der in Vereinen betreuten Kinder und Jugendlichen von gut 3.150 auf fast 4.300 angewachsen sei. Christian Stangl (Grüne) sprach sich dafür aus, den Vorstoß zu prüfen und die Mittel unter Vorbehalt einzustellen. „An den 63.000 Euro soll die Welt nicht untergehen“, meinte er. OB Götz warf ein, dass der entsprechende Antrag zunächst im zuständigen Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport vorberaten werden müsse. Er er-

innerte zudem an die immer noch bestehende Konsolidierung. Sollte die Notwendigkeit einer Anpassung bestehen, dann könne dies immer noch im Haushalt dargestellt werden, betonte Kämmerer Eckert.

Darüber hinaus trat Schwarz für die Entwicklung der Sportstätten ein. Hierfür sollten für die Jahre 2026 und 2027 jeweils 100.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden. Hintergrund ist, dass aufgrund der aktuellen Entwicklungen bezüglich des Fliegerhorstes die Sportstätten dort nicht übernommen werden können. „Sonst stehen wir mit leeren Händen da“, sagte er. „Und täglich grüßt das Murmeltier“, hielt Andreas Lohde (FBM) dagegen. Aber Ideen zu entwickeln, koste nichts. Karin Geißler (BBV) schob nach, dass ein Antrag zum Thema AmperOase/Eisstadion vorliege. Ziel sei, den Arbeitskreis neu zu beleben. Für eine entsprechende Machbarkeitsstudie sei dann schon Geld da.

Jan Halbauer (Grüne) sprach von

einem „durchaus konservativen, aber ordentlichen Haushalt“. Seiner Meinung nach reicht aber der Ansatz für Vorkaufsrechte jedoch nicht aus. Daher beantragte er die Mittel von 500.000 auf zwei Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen – auch mit Blick auf das neue Einheimischen-Modell. Dann müsse man den Haushalt genehmigen lassen, warnte Finanzexperte Eckert. Der Haushalt sei „auf Kante genäht“. Sollten mehr Mittel benötigt werden, könne man Geld etwa aus nicht umgesetzten Projekten nutzen. Auch Markus Droth (FW) forderte grundsätzlich Disziplin. „Irgendwo muss das Geld ja herkommen“, betonte er. Am Ende wurde Halbauers Antrag mehrheitlich abgelehnt. Letztlich wurde der Empfehlungsbeschluss an den Stadtrat einstimmig gefasst. Am 15. Dezember stand dann die Verabschiedung des Doppelhaushalts im Stadtrat an. Über die Debatte wird in der Januar-Ausgabe des RathausReports ausführlich berichtet werden.

Viehmarktplatz soll öffentliche Toilette bekommen

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses haben in ihrer November-Sitzung eine Anregung des Seniorenbeirats aufgegriffen. Seit gut einem Jahr ist die frühere, marode öffentliche Sanitäreinrichtung im nördlichen Bereich des Viehmarktplatzes geschlossen. Inzwischen dient sie der Stadtgärtnerei als Lagerfläche. Da sie mit einer Privatgarage baulich verbunden ist, kann sie nicht abgerissen werden. Als Ersatz können Bürgerinnen und Bürger die Toiletten im Hardy's Fitnessstudio nutzen. Sie befinden sich im Keller, sind nach

Passieren einer Schranke über eine Treppe und einen Aufzug erreichbar. Da manche den Weg nicht finden, wird es nun vor Ort und am alten Häuschen eine bessere Beschilderung geben. Auch auf die öffentlichen WCs im Rathaus soll hingewiesen werden. Mit neun zu fünf Stimmen wurde zudem auf Antrag von Markus Droth (FW) beschlossen, dass die Verwaltung einen Vorschlag für einen Fertigbau mit selbstreinigender und vandalismussicherer Sanitäreinrichtung unterbreiten soll. Dieser soll auf dem nördli-

chen Viehmarktplatz stehen.

Philipp Heimerl (SPD) sprach sich ebenfalls für eine öffentliche statt privater Lösung aus. Es sei eine gewisse Hürde, wenn man beim Hardy's quasi als Bittsteller durch die Schranke an der Rezeption muss, meinte Karin Geißler (BBV). Vorteile seien aber die langen Öffnungszeiten, in der Regel von 6.00 bis 23.00 Uhr, dass es immer sauber ist und man keinen Vandalismus befürchten muss. Bei großen Festen auf dem Platz reiche auch eine öffentliche Toilettenanlage nicht aus und man werde weiterhin

zusätzliche mobile Container brauchen. Ihr Vorschlag war, es mit einer besseren Ausschilderung nochmals ein Jahr zu versuchen. Wenn auf dem neu geschaffenen Platz die Leute länger verweilen sollen, brauche es auch – wie vom Seniorenbeirat empfohlen – WCs, meinte Andreas Lohde (FBM). Georg Jakobs (CSU) wollte wissen, warum man das alte Häuschen nicht saniert, statt etwas Neues zu bauen. „Das Gebäude ist unzumutbar und durch die Stufe am Eingang nicht barrierefrei“, entgegnete Birgitta Klemenz (FBM).

ZUSCHUSS FÜR KITA-RENOVIERUNG

Die „Tagesstätten der Kinderhilfe Fürstenfeldbruck gemeinnützige GmbH“ betreibt insgesamt vier Kindertagesstätten (Kita) im Stadtgebiet. Dazu gehört die integrative Kita Regenbogenland mit zehn Krippen-, 30 Kindergarten- und 15 Hortplätzen. Der Betrieb ist seit 2012 über einen Vertrag zwischen dem Träger und der Stadt geregelt. Es bestehe eine sehr gute und vertrauens-

volle Zusammenarbeit, so die Verwaltung.

Jetzt steht dort eine umfassende Renovierung an. Demnach sind Böden, Bäder und pädagogische Küchen teilweise über 30 Jahre alt und müssten dringend erneuert werden. Die Kosten für die Maßnahmen belaufen sich auf insgesamt rund 184.000 Euro. Die Kinderhilfe ist daher auf die Stadt wegen einer möglichen Betei-

ligung zugekommen. Grundsätzlich sei die Stadt hierzu nicht verpflichtet, da sich das Gebäude im Besitz der Kinderhilfe befindet und die Stadt für die Nutzung als Kita Miete bezahlt. Nichtsdestotrotz hat die Verwaltung vorgeschlagen, einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 20 Prozent der tatsächlichen Kosten – maximal jedoch rund 37.000 Euro – zu gewähren. Im zuständigen

Fachausschuss appellierte Willi Dräxler (BBV) an seine Kolleginnen und Kollegen, sich nicht kleinlich zu zeigen. Viele Träger hätten das Problem, dass sie keine Rücklagen bilden könnten und ihre Haushalte eng geschnürt seien. Auch Katrin Siegler (CSU), Referentin für Kindertagesstätten und Spielplätze, machte sich dafür stark, hier zu unterstützen. Dem schloss sich das Gremium einstimmig an.



Neue Öffnungszeiten schaffen Raum für gezielte Beratung

KONZENTRIERT AUF KUNDENANLIEGEN: STADTWERKE OPTIMIEREN SERVICEZEITEN ZUM 1. JANUAR 2026

Ab 1. Januar 2026 stellen die Stadtwerke Fürstenfeldbruck ihre Öffnungszeiten um, damit Kundenanliegen schneller und zielgerichteter bearbeitet werden. Durch feste Beratungstermine können sich Kundenberater im Vorfeld gezielt vorbereiten, Unterlagen prüfen und intern mit Fachabteilungen abstimmen – so steht beim Gespräch von Anfang an die Lösung im Mittelpunkt.

„Unser Ziel ist es, jedem Kunden die Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken, die sein Anliegen verdient“, erläutert Daniel Weigt, Abteilungsleiter Privatkundenvertrieb. Mit dem neuen Öffnungszeitenkonzept und planbaren Terminen entstehen weniger Warte-

zeiten, besser vorbereitete Gespräche und maßgeschneiderte Lösungen – echte „Quality Time“ für die Kunden.

Termine können telefonisch unter der 08141-401-111 oder per E-Mail an termin@stadtwerke-ffb.de vereinbart werden – auf Wunsch auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten. Die Beratung ist persönlich vor Ort, telefonisch oder per Video-Call möglich, sodass auch komplexe oder sensible Themen in Ruhe besprochen werden können. Besonders Berufstätige und Kunden mit wenig Zeit profitieren davon, dass alle Beteiligten vorbereitet sind und Anliegen in einem Termin möglichst abschließend geklärt werden.



Bild: © Carmen Voxbrunner: Unsere Kundenberater stehen gerne für persönliche Beratungen zur Verfügung

**Neue Öffnungszeiten
im Kundencenter
ab 1. Januar 2026**

**Montag: 8:00 – 16:00 Uhr
Dienstag: 8:00 – 12:00 Uhr
Mittwoch: geschlossen**

**Donnerstag: 13:00 – 17:00 Uhr
Freitag: 8:00 – 12:00 Uhr**

Mit Oskar rund um die Uhr erreichbar

ZUKUNFT IM KUNDENSERVICE – WIE EIN DIGITALER ASSISTENT DEN KUNDENSERVICE REVOLUTIONIERT



Bild: © Stadtwerke Fürstenfeldbruck: Yvonne Bauer ist verantwortlich für den Kundenservice bei den Stadtwerken Fürstenfeldbruck

Seit November unterstützt ein neuer Mitarbeiter das Kundencenter der Stadtwerke. Oskar heißt der neue Sprachassistent – benannt nach dem beliebten Maskottchen – und

steht allen Anrufern als Ansprechpartner am Telefon zur Verfügung. Teamleiterin Yvonne Bauer vom Kundencenter erklärt, was Oskar alles kann.

Warum unterstützt Oskar künftig das Serviceteam?

Wir möchten eine noch bessere Erreichbarkeit gewährleisten – insbesondere am Wochenende und außerhalb unserer Öffnungszeiten. Oskar kann am Telefon die Anliegen unserer Kunden jederzeit zuverlässig entgegennehmen.

Wer oder was ist eigentlich Oskar?

Oskar ist unser smarterer Sprachassistent auf KI-Basis, also ein digitaler Telefonmitarbeiter, der rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr erreichbar ist. Er nimmt Anrufe entgegen, beantwortet Fragen und leitet bei Bedarf während unserer Geschäftszeiten an die zuständigen Kollegen im Kundencen-

ter weiter. Für Berufstätige ist das ein echter Vorteil, da sie ihr Anliegen unabhängig von der Tageszeit erledigen können.

Was genau lässt sich mit Oskar erledigen?

Zählerstände können stichtagsgenau gemeldet, Abschläge angepasst oder Abmeldungen durchgeführt werden. Zudem beantwortet Oskar häufige Fragen, etwa zu Öffnungszeiten, Wasserhärte oder Fernwärmebelieferung. Die Informationen dazu erhält er aus unserer umfangreichen Stadtwerke-Datenbank.

Was ist der größte Vorteil?

Ganz klar die sofortige Erreichbarkeit: Oskar nimmt jeden Anruf unverzüglich entgegen, Wartezeiten gehören damit der Vergangenheit an. Er kann

mehrere Gespräche gleichzeitig bearbeiten und bei Bedarf an die passende Abteilung weiterleiten.

Zu erreichen ist der digitale Telefonassistent unter der Stadtwerke-Telefonnummer 08141 – 401 111.

Das gesamte Stadtwerke-Team wünscht Euch allen ein frohes Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr.



Stadtwerke Fürstenfeldbruck
Cerveterastraße 2
82256 Fürstenfeldbruck
www.stadtwerke-ffb.de
Telefon 08141 401-111

Einfach für Sie nah.

Veranstaltungskalender Januar 2026

Termine für den Veranstaltungskalender Februar bitte bis zum 25. Dezember im Internet unter www.fuerstenfeldbruck.de > Veranstaltungen melden. Dabei im Auswahlmenü bei „Anzeige auch im RathausReport“ ein Häkchen setzen.

DATUM, ZEIT, VERANSTALTUNG	VERANSTALTER, ORT UND GEBÜHR
01.01. – 16.00 Uhr Konzert zum Jahreswechsel	Pfarrverband Fürstenfeld, Klosterkirche, Fürstenfeld 7
09.01. – 09.15 Uhr fitdankbaby®: MAXI Kurs Für Mamas mit Babys von ca. 8 bis 12 Monaten	Brucker Forum, Forum 31, Heimstättenstraße 31 84 Euro
09.01. – 09.30 Uhr Frau gönnt sich was	Brucker Forum e. V., Pfarrheim St. Bernhard, St.-Bernhard-Straße 2
15.01. – 09.00 Uhr fitdankbaby®: MINI Kurs – Für Mamas mit Babys im Alter von ca. 3 bis ca. 8 Monate	Brucker Forum e. V., Forum 31, Heimstättenstraße 31 70 Euro
15.01. – 10.30 Uhr fitdankbaby®: Rückbildungskurs für Mamas ab 6 Wochen bzw. 8 Wochen bei Kaiserschnitt nach der Geburt	Brucker Forum e. V., Forum 31, Heimstättenstraße 31 70 Euro
16.01. – 19.30 Uhr Puente – FFB Deutsch-Spanischer Stammtisch	Brucker Forum e. V., Forum 31, Heimstättenstraße 31
21.01. – 18.00 Uhr „Leben mit Demenz: Ursachen, Symptome und Therapieansätze“	vhs, Volkshochschule Fürstenfeldbruck, Niederbronnerweg 5
21.01. – 18.00 Uhr Sitzung des Planungs- und Bauausschusses	Stadt Fürstenfeldbruck, Rathaus, Großer Sitzungssaal, Hauptstraße 31
21.01. – 19.00 Uhr Vielfalt leben – Gesellschaft gestalten: Eine Einführung in Diversity	Brucker Forum e. V., online
23.01. – 16.30 Uhr Kreativtreffen – offen für alle!	Brucker Forum e. V., Forum 31, Heimstättenstraße 31
24.01. – 12.30 Uhr Dekanatschortag	Pfarrverband Fürstenfeld, Pfarrsaal St. Bernhard, Rothschaiger Straße 53
25.01. – 11.00 Uhr Brunch Interkulturell	Brucker Forum e. V., Forum 31, Heimstättenstraße 31 2,50 Euro
26.01. – 20.00 Uhr Zusammen ist man weniger allein-erziehend!	Brucker Forum e. V., online
27.01. – 19.00 Uhr Sitzung des Stadtrats	Stadt Fürstenfeldbruck, Rathaus, Großer Sitzungssaal, Hauptstraße 31
28.01. – 15.00 Uhr Pause im Familienalltag? Wellcome – praktische Hilfe nach der Geburt	Brucker Forum e. V., Forum 31, Heimstättenstraße 31
28.01. – 19.00 Uhr Frag nach! Bürger fragen – Dialog zur Landratswahl	Bündnis für Demokratie des Landkreises FFB, Säulensaal, Fürstenfeld 12
29.01. – 19.00 Uhr Frag nach! Bürger fragen – Dialog zur OB-Wahl FFB	Bündnis für Demokratie des Landkreises FFB, Säulensaal, Fürstenfeld 12
31.01. – 09.00 Uhr Das wird mein Jahr: Mit Leichtigkeit und Klarheit ins neue Jahr starten	Brucker Forum e. V., Forum 31, Heimstättenstraße 31 15 Euro

Bei einigen Veranstaltungen ist möglicherweise eine Anmeldung erforderlich. Wenden Sie sich bitte an den Veranstalter.

Veranstaltungsforum Fürstenfeld als Ort der Demokratie

Das Veranstaltungsforum Fürstenfeld (VF) versteht sich auch als Ort zur Stärkung der demokratischen Ordnung, sagte Fürstenfeld-Chef Norbert Leinweber in der jüngsten Sitzung des Kultur- und Werkausschusses. Zumal das VF von Anfang an dem Bündnis für Demokratie im Landkreis Fürstenfeldbruck angehört. Daher werde es im Vorfeld der Kommunalwahl 2026 im VF zwei Veranstaltungen des Bündnisses geben, bei denen Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen direkt an die Bewerberinnen und Bewerber

für das Landrats- und das Oberbürgermeisteramt Fürstenfeldbruck stellen können: Am 28. Januar werden Landrat Thomas Karmasin (CSU), Andreas Magg (SPD), Ronja von Wurmb-Seibel (Grüne) und Stefan Weinberger (FW) Rede und Antwort stehen. Am 29. Januar folgen Oberbürgermeister Christian Götz (BBV), Martin Urban (CSU), Markus Droth (FW) sowie Jan Halbauer (Grüne). Moderiert werden beide Veranstaltungen von dem Journalisten Peter Wagner.



SV PUCH BEKOMMT MEHR GELD

Der SV Puch e. V. kann sich über stetig steigende Mitgliederzahlen, insbesondere im Bereich Fußball, freuen. Inzwischen sind sieben Jugend- und drei Erwachsenenmannschaften im Spielbetrieb gemeldet. Daneben gibt es die Abteilungen Tischtennis, Selbstbehauptung, Boule, Petanque und Body Fit. Diese Entwicklung stellt den Verein aber auch zunehmend vor Herausforderungen. Vor allem

die beiden Fußballplätze der städtischen Sportanlage „Zur Kaisersäule“ sind laut dem Vorsitzenden Günther Dallmair stark frequentiert und benötigen stetige Pflege. Hinzu kommt die Instandhaltung von vier Umkleidekabinen samt Duschen im Gemeinschaftshaus Puch. Für den laufenden Betrieb erhält der Verein einen pauschalierten Zuschuss von der Stadt in Höhe von 5.060 Euro pro Jahr. Dies wurde

vor Jahren über einen Nutzungsvertrag zwischen der Stadt und der Vereinsgemeinschaft, die das Gemeinschaftshaus Puch in Anspruch nimmt, geregelt.

Jetzt hat der SV Puch e. V. bei der Stadt einen Antrag auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses gestellt. Laut Kostenaufstellung lagen die Ausgaben unter anderem für Platzwart, Betriebskosten und Reparaturen durchschnittlich

bei rund 13.000 Euro. Demnach fehlten zuletzt rund 8.000 Euro, um die laufenden Kosten decken zu können. Die Verwaltung hat daher vorgeschlagen, die Aufwendungen, die über die 5.060 Euro hinausgehen, gegen Nachweis zu erstatten. Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport hat grünes Licht für eine entsprechende Vereinbarung gegeben.

Stadtrat beschließt neue Hundesteuersatzung

Der Stadtrat hat in seiner November-Sitzung die Neufassung der Hundesteuersatzung beschlossen. Ab dem 1. Januar 2026 gelten damit erstmals seit zehn Jahren angepasste Steuersätze, aber auch neue, attraktive Entlastungen für verantwortungsvolle Halterinnen und Halter. Die Anpassung erfolgt im Hinblick auf die allgemeine Kostenentwicklung und zur Herstellung des Gleichklangs mit den umliegenden Kommunen.

Die Steuer beträgt künftig:

- Erster Hund: 65 Euro (bisher 48 Euro)
- Zweiter und jeder weitere Hund: 100 Euro (bisher 72 Euro)
- Kampfhunde: 1.000 Euro

Ein Kernstück der Neuregelung ist der Anreiz zur Ausbildung. Wer einen Hundeführerschein (Theorie und Praxis) vorweist, zahlt künftig dauerhaft nur noch die Hälfte der Steuer.

Stadtkämmerer Marcus Eckert erläutert den Hintergrund: „Wer in die Erziehung seines Hundes investiert, sorgt für mehr Sicherheit und ein besseres Miteinander. Das wollen wir belohnen: Mit dem Führerschein sinkt die Steuer für den ersten Hund auf 32,50 Euro – das ist sogar weniger als der bisherige Steuersatz.“

Ebenfalls dauerhaft um 50 Prozent ermäßigt werden Hunde, die aus einem Tierheim im Landkreis Fürstenfeldbruck übernommen werden.

Im Zuge der Anpassungen ändern sich auch die Verwaltungsgebühren für Ersatzmarken. Hundehalter, deren Steuermarke verloren gegangen oder unleserlich ist, sollten einen Ersatzantrag noch im laufenden Jahr stellen, um mögliche Mehrkosten durch die angepasste Kostensatzung zu vermeiden.

Stadt gewährt dem SV Puch Darlehen für Mähroboter

Der Pucher Sportverein möchte für den Rasenplatz einen Mähroboter anschaffen. Da er selbst nur einen kleinen Teil der Kosten aufbringen kann, wurden bei der Stadt ein Darlehen über 30.000 Euro sowie ein Zuschuss von 2.500 Euro gemäß der Sportförderricht-

linie beantragt. Der Haupt- und Finanzausschuss sprach sich einstimmig dafür aus. Auf die Frage von Karin Geißler (BBV), warum das Darlehen nicht über eine Bank oder die Sparkasse laufe, meinte Kämmerer Marcus Eckert, dass der Zinssatz dort höher sei.

Ortsgeschichte liegt im Zeitplan

Seit Juni 2022 arbeitet Stadtarchivar Gerhard Neumeier an einem Buch zur Brucker Ortsgeschichte von 1871 bis 1933. In der Novembersitzung des Kulturausschusses berichtete er turngemäß über den aktuellen Stand des Projekts. Demnach sind die Recherchen für den Part über die Weimarer Republik abgeschlossen. Neben dem Stadtarchiv hat der Historiker auch das Pfarrarchiv St. Magdalena,

das Archiv des Erzbistums München und Freising, das Bayerische Hauptstaatsarchiv und das Staatsarchiv München durchforstet. Alleine im Staatsarchiv München habe er 250 bis 300 Akten gesichtet, berichtete er. Die entsprechenden Inhalte wird er nun noch in das bestehende Manuskript einarbeiten. Dies soll im Dezember abgeschlossen sein. Das Buch soll spätestens im März 2026 erscheinen.

Projektgruppe befasst sich mit Opfern der NS-Diktatur

Seit April beschäftigt sich eine Projektgruppe mit der Erinnerungskultur an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur. Die Teilnehmenden sind sich einig, dass das Gedenken dauerhaft sein sollte und die Namen der Personen im Mittelpunkt stehen sollten. Diskutiert wurde über geeignete Formen des sichtbaren Erinnerns im Stadtgebiet. Im November informierte Stadtarchivar Gerhard Neumeier im Kulturausschuss über den aktuellen Stand des Vorhabens. Demnach gab es inzwischen zwei

Treffen des Arbeitskreises. Der zentrale Tagesordnungspunkt der ersten Sitzung war die Zuordnung der Teilnehmenden zu den einzelnen Opfergruppen: Elisabeth Lang befasst sich seither mit den Jüdinnen und Juden. Klaus Woltenberg und Peter Pfister recherchieren zu den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Die Forschung zu den Euthanasieopfern liegt bei Magdalena Nagel. Stadtarchivar Neumeier stellt den Forschungsstand zu den Displaced Persons zusammen. Birgitta Kle-

menz widmet sich dem Bereich „Politische und andere Gegner“ und Anna-Ulrike Bergheim nimmt sich der Gruppe „Sonstige“ an. In der zweiten Sitzung der Steuerungsgruppe hatte Neumeier dann den Vorschlag unterbreitet, dass eine Honorarkraft des Stadtarchivs Recherchearbeit übernehmen könnte. Wegen einer möglichen personellen Umstrukturierung wurde dies jedoch zurückgestellt. Zudem wurde beraten, wie angesichts der Vielzahl der Opfer und der Heterogenität der Gruppen an

diese Menschen erinnert werden sollte. Klar sei, dass nicht alle einzelnen mit Namen gewürdigt werden können, führte Neumeier aus. Eine Idee lautete: vier bis sechs Standorte mit Führungslinie durch die Stadt.

Zudem habe Elisabeth Lang vorgeschlagen, in einem Haus an der Bullachstraße ein Begegnungszentrum oder Museum einzurichten. Inzwischen hat das Gebäude einen neuen Eigentümer. Dennoch will man ausloten, ob die Umsetzung der Idee möglich wäre.

Pläne für Areal rund um Kindergarten Nord

Heuer hat der Kindergarten Nord an der Theodor-Heuss-Straße sein 50-jähriges Jubiläum gefeiert. Das Gebäude, das aus dem 1974/75 stammt, wird zunehmend marode. Derzeit sind dort rund 130 Kinder in sechs Gruppen, davon zwei als Integrationsgruppen, untergebracht. Dort befinden sich außerdem eine Küche sowie das Jugendzentrum (JUZ) Nord. Neben liegt der Abenteuerspielplatz (ASP) mit seinem großen Freigelände. Welche Pläne es für die drei städtischen Einrichtungen auf dem Areal im Brucker Norden gibt, wurde im November im zuständigen Fachausschuss vorgestellt. Katrin Siegler (CSU), Referentin für Kindertageseinrichtungen und Spielplätze, freute sich, dass das Projekt „aufs Gleis gesetzt wurde“. Bereits im Jahr 2015 hatten Experten den Kindergarten unter die Lupe genommen und Mängel festgestellt. Im Juni 2016 wurde der Neubau des Kindergartens beschlossen. JUZ und ASP sollten jeweils separat untergebracht

werden. Bei einer neuerlichen Begehung 2024 zeigten sich weitere Missstände. Und die Küche, in der momentan rund 400 Essen für die Mittagsverpflegung auch für anderen Einrichtungen gekocht werden, sei am Limit.

Nicht mehr zeitgemäß und auch nicht mehr ausreichend sei die Unterbringung des ASP in Containern aus dem Jahr 2008. Dort befinden sich zwei Gruppenräume, die Sanitäranlagen, ein Lager, das Büro und die Werkstatt. Auf dem großzügigen Außengelände gibt es das Hüttendorf, einen Teich, einen Rodelhügel und einen Bolzplatz an der Kurt-Schumacher-Straße. OB Christian Götz (BBV) betonte, dass dort ganz tolle Arbeit geleistet werde. Dies gelte auch für das JUZ, bekräftigte Jugendreferent Quirin Droth (FW). Inzwischen wurde die Projektentwicklung von 2016 aufgegriffen und vorangetrieben. Berücksichtigt werden musste dabei, dass sich die pädagogischen Konzepte seither weiterentwickelt haben. Dies spiegelt sich in den Raum-



Im Juli hat der Kindergarten Nord sein 50-jähriges Jubiläum gefeiert. Auch OB Christian Götz hat vorbeigeschaut.

programmen wider. Zudem soll die Küche künftig auf 600 Essen täglich ausgelegt werden. Ziel sei es, mit drei Küchen im Stadtgebiet die Mittagsverpflegung in allen städtischen Kitas und Schulen abzudecken. Aus logistischen Gründen hätte sich Siegler daher auch eine Alternative mit einem erdgeschossigen Küchenanbau vorstellen können. Zudem trat sie dafür ein, den gewachsenen Garten zu erhalten. Dies sah Götz genauso.

Vom Immobilienmanagement der Stadt wurde ein kompletter

Neubau favorisiert. Integrationsreferent Willi Dräxler (BBV) betonte, es sei auch ein Zeichen der Wertschätzung, dass es etwas Neues gibt.

Es wurden insgesamt vier Varianten vorgelegt. Weiterverfolgt werden soll eine Lösung mit einer erdgeschossigen Kita samt integrierter Küche und darüberliegenden Wohngeschossen, sowie jeweils separatem Gebäude für ASP und JUZ. Dies beschloss das Gremium einstimmig. Eine endgültige Entscheidung wird der Stadtrat treffen.

Ausschuss befürwortet Einheimischen-Modell

Im April 2022 beantragten die Stadtratsfraktionen von CSU und Grünen die Einführung eines Einheimischen-Modells. Nun beriet der Planungs- und Bauausschuss, ob es in den Werkzeugkasten der sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) aufgenommen werden soll. Nach SoBoN müssen Bauherren bei größeren Neubauten derzeit 40 Prozent der Geschossfläche 40 Jahre lang mietpreisgebunden bereitstellen; alternativ kann dies etwa über Genossenschaften erfolgen.

Das Einheimischen-Modell wäre ein weiteres Förderinstrument, das vergünstigten Wohnraumerwerb für örtliche, weniger begüterte Haushalte ermöglichen soll. Käufer müssten sich zu langfristiger Eigennutzung verpflichten. Zugangsvoraussetzungen wären u. a. Einkommens- und Vermögensgrenzen (für eine vierköpfige Familie ca. 108.000 Euro brutto bzw. maximal 200.000 Euro Vermögen). Die Auswahl erfolgt über Ortsbezug und soziale Kriterien, wobei der Ortsbezug maximal die Hälfte der Wertung ausmachen darf.

Laut Verwaltung bilden die Obergrenzen in der Region eher die Untergrenze für eine realistische Eigenheimfinanzierung. Selbst mit Förderung wären Grundstücke für viele kaum erschwinglich. Daher schlug die Stadt vor, das Modell primär auf Eigentumswohnungen anzuwenden. Es kann auf städtischen wie privaten Flächen umgesetzt werden; bei Investorenflächen sollen bis zu zehn Prozent der zusätzlich geschaffenen Geschossfläche dafür genutzt und mit mietpreisgebun-

denem Wohnraum verrechnet werden.

Der Ausschuss betonte, dass das Einheimischen-Modell nicht mit dem genossenschaftlichen Wohnbau konkurrieren solle: Bei kleineren Projekten sei es geeignet, bei größeren solle Genossenschaftswohnraum Vorrang haben. Eine Mehrheit sprach sich für die Einführung aus. Die endgültigen Richtlinien und Auswahlkriterien sollen in einer gesonderten Beschlussvorlage detailliert festgelegt werden. Das letzte Wort hat dann der Stadtrat.

Beratung + Herstellung + Lieferung + Montage + Kundendienst + Ersatzteile



ROLLLÄDEN
(Alt- und Neubau)
MARKISEN
JALOUSIEN
TERRASSENDÄCHER



Ständige Musterschau
auf ca. 150 m² Ausstellungsfläche • Beratung auch bei Ihnen zu Hause • Eigene Herstellung und Montage

Mo.–Fr. 8.00–12.00 und 13.00 bis 17.00 Uhr

Rolladen- und
Sonnenschutztechniker-
Handwerk

RS

FACHBETRIEB

BRANDT + ZÄUNER FÜRSTENFELDBRUCK
 Fabrikation und Ausstellung • 82256 Fürstenfeldbruck • Gewerbegebiet Hubertusstraße 8 • Telefon (08141) 1431 • www.sonnenschutz-ffb.de



MEDIEN TIPP

*Katerina Poladjan:
Goldstrand
S. Fischer Verlag, 2025*

Auf gerade mal 156 Seiten wird vor dem Hintergrund der großen politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts eine Familiengeschichte über mehrere Generationen erzählt. Der Auftakt ist furios: In den 1920er Jahren springt eine junge Frau auf der Überfahrt von Odessa nach Konstantinopel von Bord. Ihr Vater und ihr Bruder machen sich auf eine lange Suche, an deren Ende Felix, ihr Bruder, Architekt des sozialistischen Architekturprojekts „Goldstrand“ in Bulgarien wird. Rückblickend wird schließlich das komplizierte Familienkonstrukt, zu dem noch die italienischen Angehörigen gehören, aus der Perspektive des Enkels, eines berühmten Filmregisseurs in Rom, geschildert. Fiktion und Realität verschwimmen in dem brillant geschriebenen Roman, der ganze Welten und Schicksale von Ost nach West einfängt. Zu Recht zur Nr. 1 der SWR-Bestenliste gewählt, unbedingte Leseempfehlung!



Gedenken am Luftwaffen-Ehrenmal

Seit Verlegung der Offizierschule nach Roth findet am Luftwaffen-Ehrenmal in Fürstenfeldbruck keine offizielle Gedenkfeier mehr statt.



Klaus Wollenberg, Georg Jakobs, Zweiter Bürgermeister Christian Stangl und Andreas Lohde (v. li.) gedenken der verstorbenen Piloten.

Die beiden Stadträte Georg Jakobs und Klaus Wollenberg setzen sich daher dafür ein, die Erinnerung dennoch wachzuhalten. Auf ihre Initiative wurde im November gemeinsam mit weiteren Vertretern der Lokalpolitik ein Kranz am Luftwaffen-Ehrenmal niedergelegt, um der Verstorbenen der Luftwaffe und Luftfahrt zu gedenken. Als Beispiel wird Captain Richard W. Higgins genannt. Der Pilot der US-Air Force kam 1957 ums Leben, weil er sein abstürzendes Flugzeug bewusst von bewohntem Gebiet im Westen der Stadt weglenkte. Heute sind eine Brucker Straße und eine Schule nach ihm benannt. „Wir wollen in diesen bewegten Zeiten ein Zeichen des Gedenkens und Erinnerns aufrechterhalten“, so Jakobs.

Text und Foto: CSU-Ortsverband

Geschenk-Idee: Gutschein für Stadtführung

Noch ein Weihnachtsgeschenk für Familie, Freunde oder Bekannte gesucht? Wie wäre es mit einer Stadtführung im neuen Jahr? Diese kann bereits jetzt bequem unter www.fuerstenfeldbruck.de/stadtfuehrungen gebucht werden. Dort gibt es übrigens auch Gutscheine. Es steht wieder ein vielfältiges Führungsangebot zur Auswahl. Mit den Brucker Gästeführerinnen und Gästeführern können sich Interessierte auf die Spuren der Geschichte der Stadt und deren Se-

henswürdigkeiten begeben. Neben den Klassikern und den beliebten Schauspielführungen gibt es interessante Rundgänge zu Themen wie etwa Braukunst in Bruck sowie Touren speziell für Kinder. Neu im Programm ist die Führung „Vom mittelalterlichen Markt zur Stadterhebung 1935/36“, die am 5. Juli um 18.00 Uhr Premiere hat. Das komplette Angebot ist außerdem im neuen Flyer „Stadtführungen 2026“ zusammengestellt, der demnächst unter anderem im Rathaus ausliegen wird.



Bild: privat

Bekanntmachung



Die Preisblätter für die Fernwärmeversorgung aus den Fernwärmenetzen Innenstadt und West werden gemäß Ziffer 6 der „Ergänzenden Bedingungen zur AVBFernwärmeV“ zum 1. Januar 2026 wie folgt geändert:

Fernwärmenetz Innenstadt		Tarif N		Tarif S	
Der Arbeitspreis beträgt je MWh/Jahr	127,70 netto	151,96 € brutto	121,41 € netto	144,48 € brutto	
Der Leistungspreis beträgt je MWh/Jahr	34,15€ netto	40,64 € brutto	33,01 € netto	39,28 € brutto	

Fernwärmenetz West		Tarif N		Tarif S	
Der Arbeitspreis beträgt je MWh/Jahr	144,83 € netto	172,35 € brutto	137,48 € netto	163,60 € brutto	
Der Leistungspreis beträgt je MWh/Jahr	26,65 € netto	31,71 € brutto	25,76 € netto	30,66 € brutto	

Bruttoangaben inkl. 19 % MwSt. Übrige Preise (Messpreis usw.) bleiben unverändert. Die aktuellen „Ergänzenden Bestimmungen“ können Sie jederzeit unter www.stadtwerke-ffb.de nachlesen.

Das Inklusionsforum informiert: Pflegesituation für Menschen mit Behinderung angespannt

Häufig werden pflegebedürftige Menschen mit Behinderung, unabhängig von ihrem Alter, zuhause durch die Familie betreut. Problematisch wird dies bei einem unerwarteten Ausfall der pflegenden Angehörigen, zum Beispiel durch eine akute Erkrankung. In dieser Situation muss kurzfristig eine Lösung für die Pflege und in vielen Fällen auch für das Wohnen gefunden werden. Die Kurzzeitpflege erweist sich dabei als unverzichtbare Überbrückungsmöglichkeit, berichtet das Inklusionsforum in einer Mitteilung. Auch als Unterstützung für Familien und pflegende Angehörige sei diese Lösung ein wertvoller Gewinn, um für eine kurze Zeit entlastet zu werden und wieder Kraft zu tanken.

Anfragen nach diesem Angebot im Landkreis Fürstenfeldbruck steigen tendenziell an, so die Beobachtung des Inklusionsforums. Die vorhandenen Plätze seien meist entweder belegt oder wegen Personal mangels nicht verfügbar. Zudem gebe es keine Kurzzeitpflegeplätze speziell für Menschen mit Behinderung.

Eine ähnliche Situation zeige sich bei den Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung, die einen Pflegebedarf haben. Die vorhandenen Wohngruppen seien zumeist belegt. Die unterschiedlichen Bedarfe an Pflege bringen Herausforderungen mit sich, die von den bestehenden Wohngruppen und Wohnmöglichkeiten häufig nicht abgedeckt werden können,

heißt es in der Meldung weiter.

Um der aktuellen und zukünftigen Nachfrage gerecht zu werden, braucht es im Landkreis einen Ausbau der Kurzzeitpflegeangebote sowie der ambulanten Pflege und der Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung mit Pflegebedarf, so die Forderung. Diese Angebote sollten speziell auf die Bedürfnisse dieses Personenkreises ausgerichtet sein. Die Situation beziehe sich nicht nur auf den Landkreis, sondern stelle sich bayernweit so dar. Dies wurde bereits von verschiedenen Stellen an das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention herangetragen. Positive Effekte eines Ausbaus

wären die Entlastung der Familien, fachlich gute Versorgung der pflegebedürftigen Menschen mit Behinderung, aber auch die Aufwertung der Versorgungsstruktur. Somit könne der Landkreis attraktiver für seine Bürgerinnen und Bürger werden und Wegzüge in Gebiete mit umfangreicherer Versorgungsstruktur könnten verhindert werden.

Durch die Vernetzung verschiedener Akteure wie unter anderem aus der Politik, der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassen, der kommunalen Spitzenverbände, der Bezirke, der Sozialträger und lokalen Initiativen bestehen die Bestrebungen, die Pflegesituation langfristig auszubauen und zu verbessern.

Heimatgilde proklamiert ihr Prinzenpaar

Mit einem funkelnden Abend voller Tanz, Musik und Emotionen startete die Heimatgilde „Die Brucker“ am 11. November im festlich geschmückten Sparkassensaal in die neue Faschingsaison. Höhepunkt des Abends war die feierliche Proklamation des offiziellen Prinzenpaares der Stadt Fürstenfeldbruck: Prinz Alexander I. (27) und Prin-

zessin Larissa I. (21) haben die närrische Regentschaft übernommen.

Im voll besetzten Saal erlebten die Gäste eine abwechslungsreiche, mitreißende Show, die von tänzerischem Können, faszinierenden Choreographien und ausgelassener Stimmung geprägt war. Unter den zahlreichen Gratulanten befanden

sich auch Oberbürgermeister Christian Götz sowie sein Stellvertreter Christian Stangl, Vertreter des Stadtrats sowie viele befreundete Faschingsvereine aus der Region, die dem neuen Prinzenpaar viel Erfolg und eine unfallfreie Saison wünschten.

Foto: Heimatgilde



BEKANNTMACHUNGEN ZUR KOMMUNALWAHL AM 8. MÄRZ

- Bekanntmachung über die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Stadtrats und des Oberbürgermeisters
- Bekanntmachung über die Eintragungsmöglichkeiten in Unterstützungslisten für die Wahl des Stadtrats, der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters, des Kreistags sowie der Landrätin oder des Landrats

Beide Dokumente sind ebenso wie weitere Bekanntmachungen unter www.fuerstenfeldbruck.de > Rathaus > Bekanntmachungen zu finden.



Städtischer Bestattungsdienst Erd- und Feuerbestattungen

- Abwicklung von Sterbefällen
- Vermittlung von Todesanzeigen, Sterbebildern und Trauerdrucksachen
- Särge, Ausstattungen, Urnen
- Wir treffen gerne mit Ihnen die notwendigen Bestattungsvorbereitungen.

Montag bis Freitag 08.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 16.00 Uhr
Samstag 09.00 bis 12.00 Uhr

Telefon 08141 16071 oder
E-Mail an bestattungsdienst@fuerstenfeldbruck.de
 Waldfriedhofstraße 1, 82256 Fürstenfeldbruck



feinste Genüsse
täglich neu kreiert ...

café & conditorei



freitags Mehlspeisentag



Frühstücksgenuss
tgl. von 9.00 – 13.30 Uhr

Reichhaltige Auswahl!

- Schlemmerfrühstück • Bauernfrühstück • Vegetarisches Käsefrühstück • Eieromlette-Variationen und vieles mehr!

Schöngesinger Str. 28 • 82256 Fürstenfeldbruck
 Telefon 08141 12250 • www.cafe-wiedemann-ffb.de
 Mo. – Sa. 9 – 17 Uhr • Sonn- und Feiertag 10 – 17 Uhr • Mittwoch geschlossen

EINLADUNG ZU BESONDEREM NACHMITTAG

Die katholische Kirche in Fürstenfeldbruck und die Stadt laden herzlich zu einem besonderen Nachmittag für alle Menschen ein, die Weihnachten allein verbringen müssen oder sich in dieser Zeit etwas Gemeinschaft wünschen. Am 26. Dezember öffnet das Mehrgenerationenhaus am Sulzbogen 56 von 14.00 bis 17.00 Uhr seine Türen für ein gemütliches Miteinander. Bei Kaffee und Plätzchen kann man miteinander ins Gespräch kommen, Zeit teilen und gemeinsam weihnachtliche Lieder singen.

Ziel der Veranstaltung ist es, in der oft stillen Zeit zwischen den Jahren Wärme, Nähe und Verbundenheit zu schenken. Das Angebot richtet sich an alle Generationen und ist offen für alle, unabhängig von Konfession oder Hintergrund.

Um planen zu können, wird um eine Anmeldung telefonisch unter 08141 3242-0 oder per E-Mail an st-bernhard.fuerstenfeldbruck@ebmuc.de gebeten.

Die Organisatoren freuen sich auf einen schönen, gemeinschaftlichen Nachmittag.



Die **Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck** sucht für die Grund- und Mittelschule West sowie als Vertretungskraft für weitere städtische Einrichtungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt unbefristet in Vollzeit einen

HAUSMEISTER (M/W/D)**Ihre Aufgabenschwerpunkte**

- Betreuung des gesamten Schulkomplexes
- Durchführung kleinerer Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten im Gebäude sowie auf dem Schulgrundstück einschließlich Winterdienst (im Bereich der Eingänge und Fluchtwege)
- Reinhaltung der Außenflächen (Müllbeseitigung usw.)
- Überwachung und Bedienung aller haustechnischen Anlagen
- Unterstützung beim infrastrukturellen Gebäudemanagement

Ihr Profil

- Abgeschlossene handwerkliche Berufsausbildung im gebäudetechnischen Bereich (z. B. Elektriker (m/w/d), Heizungs- und Lüftungsbauer (m/w/d) etc.)
- Arbeitszeiteinbringung i. d. R. am Nachmittag und Abend
- Geschick im Umgang mit Kindern
- Verantwortungsbewusstsein
- Freude an eigenständiger Arbeit

Unser Angebot

- Bezahlung nach TVöD-V; die Stelle ist in Entgeltgruppe 7 bewertet.
- Zahlung der Großraumzulage München gemäß öTV A 35
- Interessante, verantwortungsvolle und abwechslungsreiche Aufgabe
- Betriebliche Altersversorgung
- Entgeltumwandlung mit Arbeitgeberzuschuss
- Betriebliches Gesundheitsmanagement/Fahrradleasing/Mitarbeiterbenefits

Weitere Informationen zur Bewerbung finden Sie auf unserer Webseite www.fuerstenfeldbruck.de und über den QR-Code.

Wir freuen uns auf Ihre aussagefähige Bewerbung bis zum **04.01.2026**.

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne Herr Wagner unter Telefon 08141 281-1300.



Gesundheitsfragen Chronische und stressbedingte Erkrankungen Altersbeschwerden Erschöpfung Adipositas Raucherentwöhnung Lernschwierigkeiten



www.heilpraxis-speidel.de

Naturheilkunde

Homöopathie Indirekte Hypnose Entspannungstherapie Energiearbeit

Tel. 08142 41 81 635

Nebelhornstr. 21, Olching

Herzlichen Glückwunsch



Ende Oktober feierten **Maria und Johann Kinsch** im Kreise der Familie ihre **Diamantene Hochzeit**. Die gebürtigen Banater Schwaben lernten sich im ortsansässigen Jugendverein kennen und teilten von da an mit Vertrautheit, Humor, Herzlichkeit und Zusammenhalt ihr Leben. Höhen und Tiefen wussten sie durch ihre Beständigkeit zu meistern und verwandelten Momente in Erinnerungen. Das rüstige Ehepaar liebt gemeinsame Aktivitäten mit Freunden und gesellige Runden beim Rummy spielen im Familienkreis. Ihre zwei Kinder und die drei Enkelkinder sind das Wichtigste in ihrem Leben. Zur Feier des besonderen Tages überbrachte Stadtrat Herr Höfelsauer (2. v. li.) ganz herzliche Glückwünsche im Namen der Stadt sowie ein Präsentpaket.

Foto: privat



Vor 60 Jahren gaben sich **Ingetraud und Dieter Schütz** ihr Ja-Wort. Schon beim Kennenlernen wusste die damals 16-jährige Gernlindenerin: „Den mog i und den geb i nimma her!“ Gemeinsam bauten sie sich in Gröbenzell, später in Fürstenfeldbruck, ein liebevolles Zuhause auf. Dieter arbeitete als Diplom-Verwaltungsangestellter bei der Kripo in München, seine Angetraute kümmerte sich um Haushalt und Familie. Die große Leidenschaft des Jubilars war immer die Fischerei, er engagierte sich in verschiedenen Bereichen. Radfahren und Rätsel lösen liebt Ingetraud sehr.

Mit Kindern, Enkeln und Urenkelin Sophie feierte das Paar im November seine **Diamantene Hochzeit**. Stadtrat und Sozialreferent Peter Glockzin überbrachte die herzlichsten Glückwünsche der Stadt.

Foto: Obermair

Impressum

Informationsblatt
der Stadt Fürstenfeldbruck

Herausgeberin:

Stadt Fürstenfeldbruck
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck

V.i.S.d.P.:

Oberbürgermeister Christian Götz

Redaktion:

Tina Rodermund-Vogl,
Susanna Reichlmaier

Für Bürger-Rückfragen:

webredaktion@fuerstenfeld-
bruck.de

Fotos, soweit nicht anders an-
gegeben: Stadt Fürstenfeldbruck.

Namentlich gekennzeichnete Bei-
träge entsprechen nicht unbedingt
der Meinung der Redaktion be-
ziehungsweise der Herausgeberin.
Layoutanpassungen und Textkür-
zungen sind aus redaktionellen
Gründen vorbehalten.

Auflage: 17.500

**Design, Layout, Satz und
Produktion:**

w) design gordana wuttke
Fürstenfeldbruck
www.w-designs.de

Verlag:

Kreisboten-Verlag
Mühlfellner KG
Am Weidenbach 8
82362 Weilheim
Telefon: 0881 686-0
Fax: 0881 686-65
E-Mail: info@kreisbote.de
www.kreisbote.de
Verlagsleiter: Helmut Ernst

Druck: Kreisbote c/o DZ

Robert-Koch-Straße 1
82377 Penzberg

Verteilung: KBV Vertriebs GmbH**Verantwortlich für Anzeigen:**

Martin Geier
Kreisboten Verlag Mühlfellner KG
Stockmeierweg 1 • 82256 FFB
Telefon: 08141 4001-78
martin.geier@kreisbote.de

Redaktionsschluss für die

Ausgabe Januar 2026: 7. Januar

Copyright:

Alle Bilder und Texte sowie Layout
und Design unterliegen urheber-
rechtlichem Schutz.

Alle Angaben ohne Gewähr



Die **Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck** sucht zum **01.04.2026** unbefristet in Vollzeit einen

STAATLICH GEPRÜFTEN KINDERPFLEGER (M/W/D)

für den Schülerhort Nord

Ihre Aufgabenschwerpunkte

- Betreuung, Entwicklungsbegleitung und Förderung der Kinder
- Aktive Unterstützung bei der Planung, Organisation und Durchführung von Gruppenangeboten sowie gruppenbezogenen Projekten
- Unterstützung bei der gruppenbezogenen Umsetzung des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplanes

Ihr Profil

- Abgeschlossene Ausbildung als staatlich geprüfter Kinderpfleger (m/w/d)
- Freude an der Arbeit mit Kindern
- Einfühlungsvermögen, Teamfähigkeit und Verantwor-

tungsbewusstsein

- Kreativität und Flexibilität
- Interkulturelle Kompetenz

Unser Angebot

- Bezahlung nach TVöD-V; die Eingruppierung erfolgt in Entgeltgruppe S3.
- Zahlung der Großraumzulage München gemäß öTV A 35 (bei Vollzeit 270,00 Euro + 50,00 Euro pro Kind)
- Fortbildungen und Supervisionen
- Betriebliche Altersversorgung
- Entgeltumwandlung mit Arbeitgeberzuschuss
- Betriebliches Gesundheitsmanagement/Fahrradleasing/Mitarbeiterbenefits

Weitere Informationen zur Bewerbung finden Sie auf unserer Webseite www.fuerstenfeldbruck.de und über den QR-Code.

Wir freuen uns auf Ihre aussagefähige Bewerbung bis zum **09.01.2026**.

Weitere Informationen erhalten Sie von Herrn Wagner unter Telefon 08141 281-1300.



Die **Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck** sucht zum **nächstmöglichen Zeitpunkt** unbefristet in Vollzeit einen

VERWALTUNGSFACHANGESTELLTEN (M/W/D)

oder

BEAMTEN (M/W/D) DER 2. QUALIFIKATIONSEBENE

für das Sachgebiet Kämmerei

Ihre Aufgabenschwerpunkte

- Mitarbeit bei der Aufstellung des Haushaltsplans für fest zugewiesene Budgets
- Überwachung des Haushaltsvollzugs (Überprüfung der Rechnungen im elektronischen Rechnungsworkflow)
- Unterstützung der Fachämter bei haushalts- und buchungstechnischen Fragen
- Überwachung der zweckgerechten Spendenverwendung und Erstellung der Spendenbescheinigungen
- Stellvertretung der Assistenz des Stadtkämmerers
- Stellvertretung im Sitzungsdienst für den Haupt- und Finanzausschuss

Ihr Profil

- Verwaltungsfachangestellter (m/w/d) bzw. Beschäftigtenlehrgang I oder vergleichbare Qualifikation
- Beamter (m/w/d) der 2. Qualifikationsebene – Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen
- Freude am Umgang mit Zahlen
- Mehrjährige Berufserfahrung im doppischen kom-

munalen Haushalts- und Finanzwesens ist wünschenswert.

- Selbständige, zielorientierte und wirtschaftliche Arbeitsweise
- Teamfähigkeit
- Bereitschaft zur gelegentlichen Arbeitszeiteinbringung am Abend (für Sitzungen)

Unser Angebot

- Bezahlung nach TVöD-V oder BayBesG; die Stelle ist in Entgeltgruppe 9a bzw. Besoldungsgruppe A9 bewertet.
- Zahlung der Großraumzulage München gemäß öTV A 35
- Eigenverantwortliches Aufgabengebiet
- Flexible Arbeitszeit, Fortbildungen
- Betriebliche Altersversorgung
- Entgeltumwandlung mit Arbeitgeberzuschuss
- Betriebliches Gesundheitsmanagement/Fahrradleasing/Mitarbeiterbenefits

Weitere Informationen zur Bewerbung finden Sie auf unserer Webseite www.fuerstenfeldbruck.de und über den QR-Code.

Wir freuen uns auf Ihre aussagefähige Bewerbung bis zum **04.01.2026**.

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne Herr Wagner unter Telefon 08141 281-1300.





Wir wünschen Ihnen von Herzen ein besinnliches Weihnachtsfest und Glück und Zufriedenheit im neuen Jahr.

Anstelle von Weihnachtspost schenken wir dem **Landratsamt Fürstenfeldbruck** 5.000 Euro – zur Förderung der Nachbarschaftshilfen im Landkreis.

Weil's um mehr als Geld geht.



 **stadtwerke
fürstenfeldbruck**

Jetzt bestellen!

500 € Rabatt auf PV-Anlage mit Speicher sichern*

Bis 28.02.26
bestellen und sparen

 Schon jetzt ein großes Geschenk auspacken?
Sprechen Sie mit uns.
fotovoltaik@stadtwerke-ffb.de • Tel. 08141 401 404

* Bei Bestellung einer kompletten PV-Anlage mit Speicher bis zum 28.02.2026.

Einfach für Sie nah.